

Arbeiter-Zeitung

Freitag, den 8. Juli 1932.
14. Jahrgang Nr. 158

Gen. Pieck spricht am 15. Juli im Zirkus Busch

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89, Postfachamt: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bordenhause). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsamt: Breslau. — Verlagsanstalt: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 89.

Dum-Dum-Geschosse gegen Arbeiter

Schwerbewaffnete Nazibanditen an der Oder gegen badende Arbeiter — Beim Eintreffen der Polizei werden die Waffen in die Oder geworfen — Arbeiter bergen die mit Dum-Dum-Geschossen geladenen Pistolen — Infame Lügen der faschistischen Pressejournaliste — Klassengenossen! Wehrt euch gegen den SA-Terror durch den Eintritt in den roten Masseneinsatz!

Breslau, 8. Juli. Am Mittwoch in den Morgenstunden hat sich an der Oder in der Gegend am alten „Oberschlössel“ folgender Vorfall ereignet:
Während einige Arbeiter in der Oder badeten, kamen 7 Nazis in die Nähe der badenden Proleten und provozierten diese durch ihre fortgesetzten „Heil Hitler“-Rufe. Diese hatten an einem Spazierstock einen Hakenkreuz-Wimpel befestigt und versuchten auch mit diesem Lappen zu provozieren. Die Arbeiter machten die Nazis auf ihre Provokationen aufmerksam und gaben ihnen den Ratsschlag, ihren Fegen zu verbergen. Daraufhin belamen die Proleten prompt zur Antwort:

„Bei uns könnt ihr kommen — bei uns gibt es gleich Feuer!“

Dieser Ausspruch hatte natürlich zur Folge, daß die umherliegenden Arbeiter in die Nähe der Nazis rückten. Die Nazis zogen daraufhin den Wimpel ein; setzten aber ihre Provokationen fort. Die Arbeiter hatten sich erneut die Provokationen verbeten. Und daraufhin entsappten sich diese badenden Nazis als schwerbewaffnete Mordbanditen. Einer der Nazis gab den Proleten nochmals zur Antwort, daß es hier gleich Feuer gebe! Dieser hatte die Hände auf dem Rücken und hielt in einem tarierten Tuch einen Revolver, jederzeit bereit, in die Menge der Arbeiter hineinzuschließen. Die Arbeiter forberten deshalb die Herausgabe des Revolvers und belamen zur Antwort:

„Zurück oder ich schieße!“

Dieser „Heiß“ forderte seine übrigen Leute auf, auch die Schießschießen zu ziehen. Im Nu standen drei Nazis mit geladenem Revolver vor den Arbeitern.

Die Arbeiter mußten wegen der sich immer wilder gebärdenden Haltung dieser Mordbanditen sich zurückziehen. Dem Arbeiter Schmidt, der erst hinzu kam, wurde von dem Nazihauptling die Pistole auf die Brust gefeßt; als der Arbeiter nicht gleich weichen wollte, bekam er einen Schlag ins Gesicht, brach zusammen und wurde von dem Galunken mit den Füßen weiter bearbeitet. Als das Ueberfallkommando der Schupo anrückte — die Polizei ist von einer uns unbekanntem Person benachrichtigt worden —, kückelten die Hitlerleute ins Wasser und entledigten sich dort ihrer Waffen. Die Polizei nahm die Nazis fest; und auf Befragen der Polizei, wo sie die Waffen hätten, gaben sie zur Antwort, daß das nur eine Scheintopfpistole sei. Einer der Polizeibeamten hatte gleich beim Eintreffen des Kommandos selber noch die Wahrnehmung machen können, daß ein Nazi einen Revolver gezogen hatte. Die Polizei glaubte den Angaben der schickwütigen Nazileute und fuhr mit ihnen, die als „verhaftet“ galten, fort.

Die Arbeiter, die nicht so leichtgläubig wie die Polizei waren, haben sofort nach den ins Wasser geworfenen Waffen gesucht und es gelang ihnen auch schließlich, zwei Pistolen — eine war mit fünf und eine mit drei Schuß geladen — aus dem Wasser zu bergen. Wir bringen die beiden Mordinstrumente nachstehend im Bild.

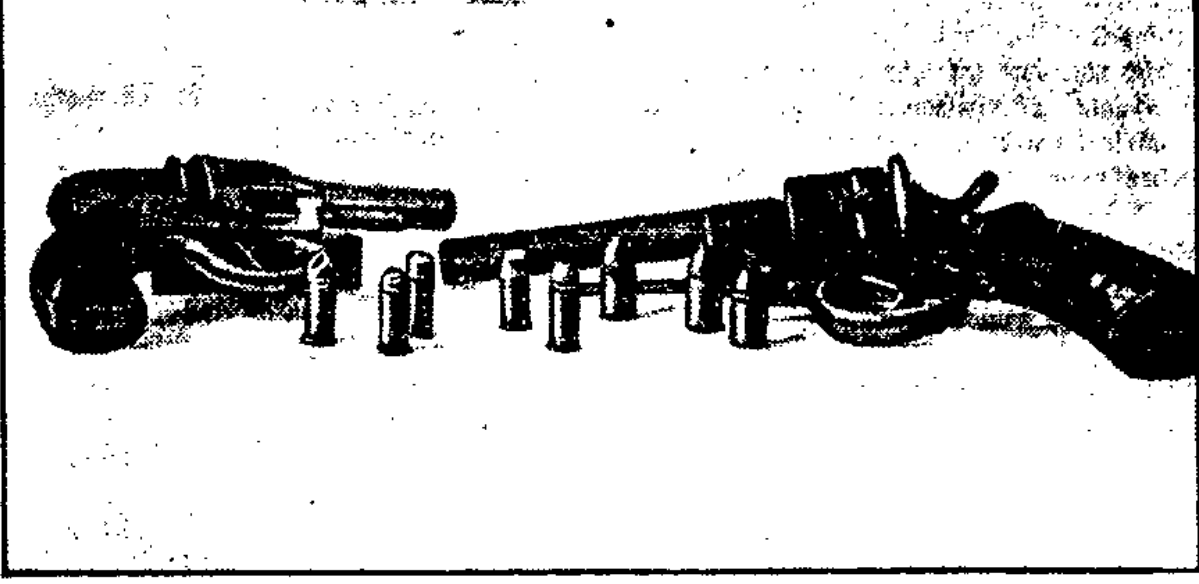
Die Kugeln sind zu Dum-Dum-Geschossen hergerichtet

was ebenfalls auf dem Bilde ersichtlich ist.

Die bürgerliche Presse versucht natürlich diesen Vorfall wiederum in einen Ueberfall der Kommunisten auf Nationalsozialisten umzuwickeln. Die „Schlesische Zeitung“, das bekannte Hehlblatt gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, hat in ihrer gestrigen Abendausgabe unter anderem folgendes hierzu geschrieben:

„So auch am Mittwochvormittag. Als sich gegen 11 Uhr abermals ein Trupp des Geinbels an der Oder in der Nähe der Liebesinsel herumtrieb, entdeckte die Bande vier Nationalsozialisten, die in der Oder badeten. Unter lautem Johlen und Gebüll stürzten sie sich auf die völlig Wehrlosen, schlugen mit harten Gegenständen auf sie ein und bewarfen sie mit Steinen, so daß einer der Badenden eine schwere Kopfverletzung davontrug. Passanten beobachteten den unglaublichen Vorfall und riefen das Ueberfallkommando herbei. Die Beamten konnten einen Teil der Täter festnehmen. Der Vorfall läßt erneut die Erwartung aussprechen, daß die Polizei endlich den Klagen der Bevölkerung aus der näheren Umgebung Breslaus Rechnung trägt und durch einen

Dum-Dum-Geschosse der Hitler-Horden gegen Arbeiter



ständigen Patrouillendienst dem roten Bänditennwesen einmal gründlich das schmutzige Handwerk legt.“

Diese Darstellung des Vorfalls zeigt der Arbeiterschaft, wie diese bürgerlich-kapitalistische Pressejournaliste die Arbeiterschaft insam Beschimpft und sich schlingend vor die nationalsozialistischen Mordbanditen stellt. Dem Soldschreiber dieses Berichtes ist nun das Malheur passiert, daß er ungewollterweise in seinem Bericht feststellt, daß ein Teil der Täter festgenommen worden ist, und diese Täter sind die festgenommenen Nationalsozialisten.

Wir bringen nachstehend einige Adressen von Zeugen, die belunden können, daß sich der Vorfall genau so abgespielt hat, wie wir ihn oben schilderten:

- Artur Krause, Firschtstraße 39; Kurt Krause, Leisner Straße 12; Winkler, Abalbertstraße 37; Wiadzag, Brigittental 28; Cichowski, Laurentiusstraße 12; Karl Sattler, Schulgasse 8a; Willi Schmidt, Firschtstraße 71; Ernst Wenzel, Selentestraße 13; Albert Ertel, Clausenwigstraße 5.

Die Arbeiterschaft wird von diesen nationalsozialistischen SA- und SS-Banden ständig bedroht. Diese Mordbestien gehen schon

dazu über, Dum-Dum-Geschosse herzurichten, die die Proletarierleiber zerhacken sollen. Das sind die Ausrichtungen der Mordhege von Goebbels, Feines und Co. Die SA- und SS-Leute sind in ihrer großen Mehrheit irreführte Arbeiter, die von den NSDAP-Führern zu ihren schmutzigen Geschäften benutzt werden. Die SA als System-Armee hat vor allem die Aufgabe, die gegen die faschistische Hungerdiktatur aufbegehrende Arbeiterschaft niederzuschlagen. Die Bourgeoisie wird in den nächsten Wochen ihre Angriffe auf die ausgebeutete Klasse verstärken. Und diese SA-Banden sollen jetzt mehr wie bisher gegen die um Lohn und Brot kämpfende Arbeiterschaft eingesetzt werden.

Die Antifaschistische Aktion ist auch Kampf gegen dieses schwerbewaffnete Mordgeheul! Deshalb müssen sich alle antifaschistischen Arbeiter in diese Front einreihen. Unsere Genossen müssen die Antifaschistische Kampfwoche vom 10. bis 17. Juli zu verstärkter Mobilisierungs- und Werbearbeit benutzen. Der rote Masseneinsatz muß in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jedem Häuserblock, in jedem Dorf formiert werden. Nur mit Hilfe des roten Masseneinsatzes wird es uns gelingen, den SA-Terror zu brechen.

Lohnabbauangriff gegen die Breslauer Metallarbeiter

Unternehmer kündigen zum 31. Juli Lohnarif — Kollegen, schmiedet mit den Gemeindearbeitern die kämpfende Einheitsfront!

Breslau, 8. Juli. Der Lohnarifvertrag für die Breslauer Metallindustrie ist vom Verband Schlesischer Metallindustrieller E. V. zum 31. Juli 1932 aufgekündigt worden, desgleichen der Lohnarifvertrag für die Breslauer Bauischlossereien, und zwar zum 31. August 1932.

Wir haben gestern in unserem Artikel zu dem ungeheuerlichen Lohnabbauakt des Reichsarbeitsministers gegen die Breslauer bzw. gegen alle Gemeinbearbeiter die Behauptung aufgestellt, daß die Regierung Papen-Schleicher der Schrittmacher eines neuen Generalangriffs auf die Hungerlöhne der deutschen Arbeiterklasse ist. Wer wollte nun unsere Behauptung abstreiten? Die Kündigung des Lohnarifvertrags für die Breslauer Metallindustrie durch die Metallindustriellen zeigt allen Betriebsarbeitern, wohin die Reise geht!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat unmittelbar an die Bildung des Kabinetts Papen-Schleicher einen Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse gerichtet, in dem die Rolle dieser Regierung unter anderem wie folgt gekennzeichnet wird:

„Die Papen-Regierung ist eine Kriegserklärung der herrschenden Klasse gegen die arbeitende Klasse in Stadt und Land! Welche Hoffnung die schmutzigen Ausbeuter und Kadaver des Kapitalismus auf die neue Regierung setzen, das zeigte der Jubel der Börsenspekulanten und Spekulanten, der die Kurse der Wertpapiere emporschnellen ließ.

Milliarden Subventionen für die Großagrarien, Verhinderung aller Kleinbäuerlichen Siedlungen, Preisgabe und Vernichtung der armen Bauern — das ist der Kurs der Junker auf dem Lande!

Milliarden Subventionen für die Schwerindustrie, neuer ungeheuerlicher Raub der Löhne, neuer Gehaltsabbau für untere Beamte und Angestellte, Verschlagung der Sozialversicherung und des Tarifwesens, Wuchersteuern gegen den notleidenden Mittelstand, Hungerdasein für die Millionen Erwerbslosen — das ist der Kurs des Truistkapitals gegenüber den Verdienenden der Städte!“

Diese Regierung hat bereits während der wenigen Wochen, seit ihrem Bestehen, diesen von der KPD. vorausgesagten Kurs eingeleitet. Diese Regierung findet die stärkste Unterstützung der Hitlerpartei, und

mit Hilfe des SA-Terrors soll der faschistische Hungerkurs durchgeführt werden.

Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer führen nur einen Scheinkampf gegen das Kabinett Papen; in der Praxis führen die Severing und Orzeszinski die Politik der Papen-Regierung durch. Die Reichstagswahlen benutzen diese Leute wiederum zu einem neuen Betrugsmanöver und heucheln der Arbeiterschaft vor, daß am 31. Juli die Entscheidung gegen die Papenregierung und ihre Politik fällt. Wir Kommunisten sagen der Arbeiterschaft, daß der 31. Juli keine Entscheidung für sie bringt, sondern daß ein einziger und allein nur durch den außerparlamentarischen revolutionären Massenkampf die Lage der arbeitenden Schichten zu ihren Gunsten geändert werden kann. Die Stimmabgabe am 31. Juli für die Kommunisten, Liste 3, ist nur ein Befehlsakt zum gesteigerten Kampf in der Front der Antifaschistischen Aktion.

Die Breslauer Metallarbeiter, die mit neuem Lohnabbau bedroht sind, müssen sofort an die Organisierung des Streikkampfes unter der Führung selbstgewählter Leitungen herangehen. Das muß die Lehre aus dem im vorigen Jahre geführten Streik gegen Lohn- und Akfordabbau sein. Die „SAZ.“, das Organ von Ziegler und Co., hat in ihrer gestrigen Ausgabe lediglich nur kurz die Kündigung des Lohnarifvertrags veröffentlicht. Die Ziegler und Co. denken nicht ernsthaft daran, die Breslauer Metallarbeiter gegen diesen bevorstehenden Lohnraub zu mobilisieren. Sie werden zwar in den nächsten Tagen und Wochen noch radikalere Töne gegen diesen Unternehmerangriff schwingen, werden aber alles tun, um die kämpfende Einheitsfront zu verhindern. Die Breslauer Metallarbeiterkollegen und die Gemeinbearbeiter müssen eine einheitliche Kampffront schmieden; sie müssen sich bewußt werden, daß sie eine Kraft darstellen, gegen die auch der Gewaltapparat der herrschenden Klasse nichts auszurichten vermag.

Gewerkschaftsbonzen würgen passive Resistenz bei Kintel-Landeshut ab

(Arbeiterkorrespondenz)

Landeshut, 7. Juli. Die Gewerkschaftsbürokratie des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat im Monat Juni mit den Unternehmern über den Abschluss eines neuen Manteltarifvertrages verhandelt. Die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer haben zu einer Vereinbarung mit den Unternehmern geführt, daß die Urlaubserleichterungen nach der abgeleiteten Arbeit und dem tatsächlichen Bestehen der letzten sechs Wochen bedeutet wird. Praktisch bedeutet diese Vereinbarung die Annullierung des Urlaubsrechtes um über ein Drittel. Diese neue Bestimmung ist am 1. Juli in Kraft getreten.

In den Reden der Gewerkschaftsbürokraten, in ihren Verbandsversammlungen und in Flugblättern zur Werbung neuer Mitglieder wird den Textilproleten der weitere Ausbau des Urlaubsrechtes versprochen. Die Praxis dieser Leute sieht so aus, daß man Stück um Stück der Arbeiterrechte — wenn man von solchen überhaupt noch reden kann — preisgibt. Die Gewerkschaftsführer haben diese Niederträchtigkeit befohlen, daß sie noch nicht mal ihre Funktionäre von diesem Vornabbauf in Kenntnis gesetzt hatten. Die Gewerkschaftsführer haben diese schändliche Vereinbarung, die am 15. Juni getroffen wurde, deshalb geheim gehalten, damit die Belegschaften nicht sofort zu der alten Regelung in die Ferien gehen. Die Interessen der Arbeiter haben diese Leute mit Füßen getreten und haben einzig und allein die Profitinteressen der Unternehmer wahrgenommen. Die Arbeiter der Firma Kintel hatten bereits vor einigen Tagen durch ihre Betriebsvertretung die Ferien im Hinblick auf die Flugblätter verlangt. Die Firma schäufte betriebstechnische Notwendigkeiten vor und verlangte, daß die Ferien in den Monat Juli verlegt werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von dem schändlichen Plan der Unternehmer nicht informiert waren, gaben dem Verlangen des Unternehmers nach. Die Verwaltung hat jetzt ihr brutales Gesicht gezeigt und der Belegschaft die neuen Bestimmungen bekannt gegeben. Die Belegschaft der Firma Kintel hat, trotzdem sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, dem ungeheuerlichen Plan des Unternehmers Widerstand durch passive Resistenz, die am Mittwoch um 9 Uhr morgens erfolgte, entgegengeleitet. In der am Nachmittag im Zweifelsfall abgehaltenen Belegschaftsversammlung haben die Gewerkschaftsvertreter, wie immer, ihre „gelieblichen“ und sonstigen Reden gegen den Kampf zum Ausdruck gebracht. Der Vertreter der A.G., der den schändlichen Verrat des Zustandekommens des neuen Manteltarifs aufzeigte, forderte die Belegschaft auf, den Kampf um ihre Rechte weiterzuführen.

In der nun folgenden geheimen Abstimmung haben sich leider nur 118 Kollegen und Kolleginnen für Fortführung des Kampfes entschieden; 184 Stimmen waren für den Vorschlag der Gewerkschaftsbürokraten, der weiteres Verhandeln und Anrufen der Instanzen vorkieht.

Den Kollegen und Kolleginnen, die für den Vorschlag der Gewerkschaften gestimmt haben, ist zu sagen, daß sie gegen ihre Interessen gehandelt haben, weil der Vorschlag keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Gewerkschaftsführer haben damit nur ein neues Betrugsmanöver durchgeführt. Die A.G.-Kollegen und alle übrigen kampfgewillten Belegschaftsmitglieder müssen die 184 Kollegen durch eine zähe Bearbeitung für die Wiederaufnahme des Kampfes gewinnen.

Die getroffene Vereinbarung auf Abbau des Ferienlohnes ist für die gesamte schlesische Textilindustrie abgeschlossen worden. Deshalb müssen alle Belegschaften der schlesischen Textilbetriebe gegen diese ungeheuerlichen Verschlechterungen mobilisiert werden. Die A.G.-Kollegen und nicht zuletzt die roten Betriebsräte in diesen Betrieben haben alle ihre Kräfte in die Organisierung des Kampfes — passive Resistenz, Streik — einzusetzen. Die Belegschaften müssen in Betriebsversammlungen sofort hierzu Stellung nehmen und Kampfmaßnahmen beschließen. Ueberall dort, wo es die verräterischen Gewerkschaftsführer wagen sollten, in den Betriebsversammlungen aufzutreten, müssen die Arbeiter diese Unternehmerrechte aus den Versammlungen jagen. Der letzte Textilprolet muß sich darüber klar werden, daß die fortgesetzten Unternehmerangriffe nicht unter der Führung der Bürokraten, sondern unter der Führung selbstgewählter Kampfleitungen siegreich abgewehrt werden können. Die Hiegelsarbeiter von Kaulbrück haben auch den Textilproleten ein leuchtendes Beispiel gegeben, wie man erfolgreich kämpfen kann. Dieses Beispiel — geschlossene Aufnahme des Kampfes mit der Waffe des Streiks — muß überall zur Anwendung kommen.

Statt Kampf — geheime Abstimmung!

Greifenberg, 7. Juli. Die Direktion der Weberei Winkler hat weiteren Lohnabbau angekündigt. Der reformmüßige Betriebsrat hat eine geheime Abstimmung vornehmen lassen, die folgendes Ergebnis zeitigte:

20 Stimmen gegen jede Kürzung, 8 für und 2 ungültige Stimmen.

Der Belegschaft dieser Firma muß ganz offen gesagt werden, daß ihre Haltung insgesamt genommen nicht dazu beitragen kann, den neuen Lohnabbau zu verhindern. Die Kollegen hätten die geheime Abstimmung kritisch ablehnen und sich ganz offen für die Aufnahme des Kampfes erklären sollen. Die Haltung der Belegschaft widerlegt natürlich die Schwäche unserer A.G.-Arbeit im Betrieb. Der A.G. erwacht darum die Aufgabe, ihre Mobilisierungsarbeit für die Auslösung des Kampfes zu verstärken und den Einfluß des reformmüßigen Betriebsrates zu liquidieren.

Wirtschaften Ausbeuter- und Korruptionswirtschaft, während sie draußen vor den Arbeitern rabulische Töne anschlagen. Doch die Bergarbeiter erkennen das demagogische Lügenpiel der Nazis. Am Sonntag haben sie für ihre schönen Vorschläge ganze vier Stimmen von 700 Versammlungen bekommen.

Die Verräterei der Nazis gehen noch weiter. Im Ausschuss für Handel und Gewerbe hat Nazi v. Gregory durchblicken lassen, daß die Belegschaft der Vorfiswerke bereit sei, Opfer zu bringen (Hört! hört! h. d. Komm.). Das kann doch nur heißen: noch billiger zu arbeiten. In der gleichen Weise haben die Nazis von der Belegschaft Wenzeslausgrube gesprochen. Mit solchen Vorschlägen jagen die Nazis nicht allein. Bezüglich der Stilllegungen im Harzerg Bergbau liegt eine Denkschrift vor, in der die Führer der christlichen und der freien Gewerkschaften gleichfalls Vorschläge in dieser Richtung machen und darauf hinweisen, daß die Belegschaft bereit ist, durch weitere Opfer die Werke zu erhalten. (Hört! hört! h. d. Komm.) Die Denkschrift ist unterschrieben von Vertretern des Christlichen Industrieverbandes, des christlichen Gewerksvereins und von den Syndikats der Hannoverischen Handwerkskammern. Die Einheitsfront ist also von den Syndikats der Scharfmacher bis zu den Sozialdemokraten. Wir brauchen uns deshalb nicht zu wundern, wenn in den

Welche Ortsgruppe oder Zelle

der Partei kann bereits für sich Werbeerfolge im Anti-Kriegs-Aufgebot der „Arbeiter-Zeitung“ buchen? Die Werbeerfolge sind uns laufend zu melden!

nächsten Monaten, falls die Subventionen nicht in so reichem Maße fließen, wie es gewünscht wird, erneut der Vorschlag gemacht wird, daß stillgelegt werden muß, weil der Bergbau nicht rentabel ist, und daß es das kleinere Übel sei, billiger zu arbeiten, als jede Arbeitslosigkeit zu verkraften.

Wir haben eine Reihe Anträge gestellt, die nicht ohne weiteres als demagogische Anträge abgetan werden können. Wir fordern, daß im Bergbau jegliches Völlerei verboten wird, wir fordern die sofortige Einführung der 6½-Stundenfrist in den staatlichen Bergbaubetrieben, weiter fordern wir, daß nicht nur den Untertage-Bergarbeitern, sondern allen Bergarbeitern die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung erlassen werden.

Wie ist die Stellung der Parteien zu diesen Anträgen. Die SPD. und auch die Christen lehnen die 6½-Stundenfrist ab mit der Begründung, sie könne nur dann durchgeführt werden, wenn in England, in Polen und allen anderen Ländern ein gleiches geschieht. Die Nazis erklären, daß sie dem Erlaß der Beiträge für die Bergarbeiter nur dann zustimmen könnten, wenn die Hochkapitalisten auch den Unternehmerbeitrag erlassen bekommen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Draußen wettern die Nazis gegen die Kohlenkapitalisten, da wollen sie alle Kapitalisten aufhängen, aber hier im Parlament sind sie die ausgemachten Vertreter dieser Ausbeuter. (Sehr wahr! bei den Komm.) Doch die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß die Bergarbeiter die Klassenzusammenhänge erkennen. Sie finden sich zusammen in der kämpfenden roten Einheitsfront unter Führung der Kommunisten. Sie zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich von Leuten, die die Uniformen tragen, die jenen der Belgier gleichen, niederschlagen zu lassen, sondern, daß sie gewillt sind, den Kampf um Lohn und Brot und für menschliche Arbeitsverhältnisse zu führen. (Stürmischer Beifall bei den Komm.)

Arbeiter Steinweg gestorben

Essen, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Arbeiter Heinrich Steinweg, Dortmund-Brake, der am Sonntag von der Polizei einen Stedtschuß in den Hals erhielt, ist gestern früh im Krankenhaus gestorben.

Neuer Lohnraub in der Metallindustrie steht bevor

Der Lohntarif ist mit Wirkung vom 31. Juli gekündigt.

Organisiert sofort Fraktionsstiftungen, nehmt dazu Stellung. Besprecht die Durchführung von Oppositionsverfammlungen. Nicht an die SPD- und SA-Funktionäre in den Betrieben und Zahlstellen Bündnisangebote zur Herstellung der Einheitsfront gegen Lohnraub und Eingliederung in die Antifaschistische Aktion.

Legt zur Grundlage der Einheitsfront ein Kampfprogramm fest.

Setzt Zahlstellen- und Betriebsversammlungen fest, fordert deren Einberufung von den sozialdemokratischen und SA-Funktionären. Laßt die Arbeiter zu diesen Forderungen Stellung nehmen.

Wählt provisorische Kampfausschüsse! Sofortige Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen an das Bezirkskomitee der A.G. ist erforderlich.

Nur der Kommunismus verhindert Vernichtung der Produktionsstätten

Kommunisten entlarven die Demagogie der Nazis — Kommunisten für entschädigungslose Enteignung und sofortige Inbetriebsetzung der Vorfis-Werke und der Wenzeslausgrube

Berlin, 5. Juli. In der Verhandlung vom Donnerstag wurde nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen beschlossen, den Rat der Geschäftserdnungsminister über die Aufhebung der Abstandsbeschränkungen des Ministerpräsidenten Braun von der Tagesordnung abzulenken und ihn erst am Freitag zu beraten. In der dann fortgesetzten großen Bergarbeiterdebatte über Stilllegungen im Bergbau kam, nachdem der Zentrumswann Müller in einer „Wahlrede“ Rede die Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft vorschlug, der Vertreter der republikanischen Bergarbeiterchaft des Ruhrgebietes zum Wort.

Genosse Hausladen, Essen

Die vorliegenden Anträge auf Verhinderung der Stilllegung von Produktionsstätten wie der Vorfiswerke, der Wenzeslausgrube, des Erzbergbaus sowie der Zechen „Dilsche Heide“ und „de Wendel“ legen Zeugnis ab vom Bankrott der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Vorschläge, die von den Rednern der verschiedenen Parteien gemacht wurden, bedeuten keine Hilfe für die Bergarbeiter. Hilfe soll nur den Ausbeutern zuteil werden. Die Vorkämpfer der Nazis und der SPD. haben viele Versicherungswörter und kommen wiederher nach. Der Nazi Reichherr v. Gregory hat gestern schamlos die Arbeiter als „Wahlzettel“ bezeichnet. Das kann ja, als hätte er keine Argumente aus dem „Brotkasten“ oder aus dem Protokoll der Konferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen. „Planmäßig geleitete organische Wirtschaft“ — das waren in den letzten Jahren die Schlagworte und Losungen, mit denen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter vom Klassenkampf und vom Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ab-

hielten. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Es ist ein offenkundiger Betrug an den Arbeitermassen, wenn man ihnen noch vorreden will, als sei im Rahmen des Kapitalismus so etwas wie planmäßige und organisierte Wirtschaft möglich. Auf dem Wege über das Parlament ist keine Besserung der Wirtschaft zu erreichen, darüber lassen sich die Arbeiter nicht mehr täuschen. Die Nazis können und wollen auch gar keine Umstellung „auf Planmäßigkeit“ herbeiführen. Das lassen ihre Auftraggeber nicht zu. Die Nazis stehen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und das heißt immer Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen. (Sehr wahr! h. d. Komm.)

Im Ausschuss haben wir Kommunisten nicht nur die entschädigungslose Reichsgrube der Grube „Dilsche Heide“, sondern auch dasselbe Verfahren gegenüber den Vorfiswerken und der Wenzeslausgrube gefordert, um diese Produktionsstätten ebenfalls den Angehörigen und Arbeitern zur Fortführung zu übergeben. Diesen Anträgen haben die Nazis widersprochen. Freiherr von Gregory erklärte, unsere Anträge ständen im Widerspruch zur Weimarer Verfassung. Wenn aber diese unsere Anträge schon im Widerspruch zur Verfassung stehen, wie kann dann der Nazi-Reichstagsabgeordnete Börschert in Bergarbeiterversammlungen sich hinsetzen und die Reichsgrube der Millionen fordern, die die Thyssen, Hiesig und Konsorten bekommen. Ist das dann nicht auch ungeheuerlich? Hier im Parlament stellen sich eben die Nazis auf den Boden der kapita-

Polizei schießt auf Jungarbeiter

Jungarbeiter-Demonstration in Berlin mit Polizeigewalt aufgelöst — Mehrere Arbeiter verletzt

Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Gestern Abend fand in Berlin ein Aufmarsch von zehntausend Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen statt. Die Demonstration war ein wichtiges Bekenntnis der jungen Antifaschisten zum gemeinsamen Kampf gegen Notverordnungsverwaltung und gegen faschistischen Arbeitsdienst, gegen die Kriegsjahrgänge, für den Sozialismus. Schalter an Schalter demonstrierten kommunistische Jungarbeiter mit SA-, SA- und mit parteilosen Jungarbeitern. Während und nach der Demonstration kam es zu schweren Zusammenstößen, ohne ersichtlichen Grund und ohne die geringste Veranlassung begann die Polizei mit Gewalt die Kundgebungen aufzulösen. Zu Pferd und zu Fuß schlug die Schupo mit Gummiknüppeln auf die Massen ein. Frauen und Kinder wurden durch Verstoß und Gummiknüppel verletzt. Die Polizei schloß und verletzten einen Jungarbeiter. Der Zug der Syndikats-Jugend wurde von der Polizei beim Anmarsch auseinandergebracht. Der Vorführende des SA-Berlin-Brandenburg wurde bewußungslos geschlagen und schwer verletzt. Der zweite Vorführende verhaftet. Der zweite Vorführende an der Berg- und Gartenzüge noch ein propagandierender Nazi auf die Jungarbeiter. Er klappte in das nahe-

gelegene SA-Verbot, das von den wütenden Arbeitern gestürmt und demoliert wurde. Die Polizei griff ein, schloß und verletzte mehrere Arbeiter.

Landjäger erschießen Erwerbslose

Bitterfeld, 8. Juli. (Eig. Drahtber.) In Sandersdorf bei Bitterfeld demonstrierten gestern mittag die Erwerbslosen gegen die ungeheuren Abzüge, die ihnen von der Papen-Regierung diktiert werden. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit Landjägern, die sofort den Revolver gegen und in die Menge schossen. Ein Erwerbsloser brach tot unter den Kugeln zusammen. Wie hoch die Zahl der Verletzten ist, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden, doch soll es mehrere Schwerverletzte gegeben haben.

Sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter, habt ihr euch so den antifaschistischen Kampf vorgesetzt? Schluß mit dieser Unterstützung der Papen-Diktatur, her zur roten antifaschistischen Front!

Jeder antifaschistische Kämpfer

liest und verbreitet den grundsätzlichen Artikel des Gen. ERNST THALMANN:

Zu unserer Strategie und Taktik im Kampfe gegen den Faschismus

Im neuen Heft der Zeitschrift

DIE INTERNATIONALE Heft 6 / 1932 Einzelpreis 20 Pf.



Aufruf des deutschen Komitees zum Weltkongreß gegen den Krieg

Auf den Appell des internationalen Komitees zur Vorbereitung des Kampfkongresses gegen den imperialistischen Krieg hat sich auch in Deutschland ein Komitee gebildet, dem u. a. angehören: Polzerberst, A. Lange, Ernst Toller, Bert Brecht, Bernhard von Brentano, Dr. Felix Böhme, Dr. Hanns Erich Kaminiski, Frau Prof. Käthe Kollwitz, Frau Anna Seeger, General a. D. Freiherr von Schoenaidt, Dr. Max Hübner, Ernst Gläsel, Dr. Helene Stöcker, Ricardo Huch, Clara Wiebig, Dr. Reineemann, Prof. Felix Halle, Kurt Großmann, Dr. Wilhelm Reich, das vor einigen Wochen mit einem Aufruf an die breite deutsche Öffentlichkeit getreten ist.

Dieser Aufruf hat einen überaus starken Widerhall gefunden, und beim deutschen Komitee sind Hunderte von Zuschriften und Anschlußerklärungen aus allen Kreisen, von pazifistischen und Arbeiterorganisationen, von sozialen und kulturpolitischen Vereinigungen und von einer großen Anzahl von Einzel-Personlichkeiten zugegangen. Am erfreulichsten aber ist, daß sich in zahlreichen deutschen Städten, wie in Berlin, Frankfurt am Main, Dresden, Karlsruhe und anderen Städten örtliche Vorbereitungskomitees zur Unterstützung des Kongresses gebildet haben.

Das deutsche Komitee richtet an alle Arbeiter den dringenden Appell, sich mit ihm in Verbindung zu setzen, den Anschluß an das Komitee zu vollziehen und so die Front gegen die imperialistische Kriegsgefahr zu verstärken.

Das Komitee wendet sich besonders an die Arbeiter in den Betrieben, an alle Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung, dem Beispiel einer Reihe von Großbetrieben zu folgen und in Belegschaftsversammlungen nach einem demokratischen Wahlsystem die Wahl von Arbeiterdelegierten zu beschließen und zu dem Kongreß zu entsenden.

Gleichzeitig wendet sich das Komitee an alle Streikkomitees und an die Komitees und Organisationen der erwerbslosen Arbeiter und fordert sie ebenfalls zur Wahl und Entsendung von Delegierten auf.

Verstärkt den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, helfe mit an der Vorbereitung des Kampfkongresses gegen den imperialistischen Krieg!

Wählt Arbeiterdelegierte zum Antikriegskongreß!

Wer soll und wie soll zum Genfer Antikriegskongreß gewählt werden?

1. Der Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg ist ein offener Kongreß, d. h. zu dem Kongreß sind alle Frauen und Männer und Delegierte aller Organisationen eingeladen und zur Teilnahme berechtigt, die bereit sind, gegen den imperialistischen Krieg ehrlich und tatkräftig zu kämpfen.

2. Delegierte können zum Kongreß entsenden:

a) die örtlichen Gruppen der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Arbeiterpartei, wie die Ortsverwaltungen aller Gewerkschaften, sowie aller bestehenden sozial- und kulturpolitischen Arbeiterorganisationen und Vereinigungen der Arbeiterpartei;

b) alle Ortsgruppen der in Deutschland tätigen Liga für Menschenrechte, pazifistische Organisationen, Frauorganisationen, Frauenbünde usw.;

c) Angehörige der freien Berufe, Lehrer, Ärzte, Techniker, Ingenieure, Künstler, Wissenschaftler usw.;

d) Vertreter von sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen, von Jugendorganisationen der Gewerkschaften, Schüler- und Studentenorganisationen usw.;

e) schließlich überhaupt alle Frauen und Männer, die persönlich bereit sind, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu unterstützen und am Kongreß teilzunehmen.

Als Tagesordnung wurde vorläufig in Aussicht genommen:

1. Krieg in China, Intervention gegen die Sowjetunion, Weltkrieg.
2. Die Aufgaben der Werktätigen im Kampf gegen den Krieg.
3. Wahl des ständigen Komitees gegen den imperialistischen Krieg.
4. Annahme des Manifestes.

Genosse Ruegg vor chinesischem Gericht

Führer der Pazifistengewerkschaften seit einem Jahr widerrechtlich in Untersuchungshaft — Seit fünf Tagen im Hungerstreik — Verhindert der geplanten Mord durch Profestaktionen

Schanghai, 7. Juli. In Nanjing begannen die Prozeßverhandlungen gegen den Genossen Ruegg und seine Frau, beide Schweizer Nationalität. Genosse Ruegg wird beschuldigt, als Sekretär des Pazifistischen Gewerkschaftskongresses Hochverrat gegen China begangen zu haben.

Genosse Ruegg steht mit seiner Frau seit dem 2. Juli im Hungerstreik. Er verlangt Verlegung der Verhandlungen nach Schanghai, wo er anständig war und Zeugen verhört werden können. Er erklärte, bis zur Erfüllung seiner Forderungen im Hungerstreik zu verharren.

Eine halbe Stunde vor Prozeßbeginn besetzten 50 mit Gewehren und Manjerpistolen bewaffnete Polizisten die Haupteingänge des Gerichtsgebäudes, um gegen etwaige Demonstrationen einzuschreiten. In den Verhandlungsjahren wurden nur 50 Personen, hauptsächlich Berichterstatter, zugelassen. Anwesend sind auch die Verteidiger Rueggs: der Rechtsanwalt Tischer, der chinesische Rechtsanwalt Tschun und der Genfer Advokat Vincent.

Vor Beginn der Verhandlungen reichte Genosse Ruegg eine schriftliche Erklärung darüber ein, daß das Gericht nicht kompetent sei und forderte die Ueberweisung der Verhandlungen nach Schanghai, wo Ruegg früher dauernd sesshaft gewesen ist und wo die nötigen Zeugen verhört werden können. Genosse Ruegg verweigerte kategorisch jede Aussage über Fragen, die seine Erklärung nicht berücksichtigten. Er erklärte, daß er und seine Frau seit dem 2. Juli im Hungerstreik stehen und daß sie gewillt sind, ihn so lange fortzusetzen, bis die Verhandlungen an das Schanghaier Gericht überwiesen würden. Ruegg beschuldigt das Gericht, die Uebersetzungen der von der englischen Polizei be-

schlagnahmten Dokumente sowie das Beweismaterial und die Polizeiberichte über die Verhöre gefälscht zu haben. Dazu mühe das Gericht die Materialien aus den Stenogrammen nicht aus, da sie für den Angeklagten günstig ausfallen.

Ruegg erklärte, daß, als er an das Kriegsgericht überwiesen wurde, ihm mit Fesselung und Bombenschlägen gedroht wurde. Rueggs Frau charakterisierte die Verhandlung als eine juristische Komödie und verweigerte kategorisch jede Aussage. Ruegg erinnerte das Gericht daran, daß er schon über ein Jahr in Untersuchungshaft sitze, während dem Geleß gemäß ein Angeklagter nach viermonatiger Haft freigelassen werden muß, wenn gegen ihn keine Anklage erhoben werden kann.

Der Richter erklärte, die Beschlußfassung über die Inkompetenz des Gerichts werde sich mehrere Tage hinziehen, und verlangte von Ruegg, er möge seinen Hungerstreik abbrechen.

Der chinesische Verteidiger Tschun widersprach ihm energig und wies darauf hin, daß, solange die Kompetenz des Gerichts nicht geklärt sei, die Verhandlungen nicht weitergeführt werden könnten. Tschun erklärte weiter, daß das Schanghaier Gericht, indem es diese Angelegenheit dem Kriegsgericht übergab und entgegen den Geleßen Ruegg und seine Frau über vier Monate im Gefängnis sind, ohne eine Anklage zu erheben, widerrechtlich handelte. Tschun erklärte sodann, daß die für morgen angelegte Verhandlung unangelegentlich sei und er jede Teilnahme ablehne.

Nach sechsstündiger Verhandlung erklärte der Richter Li Mian, Rueggs Erklärung werde vom Gericht geprüft und ein Beschluß in dieser Frage in den nächsten Tagen gefaßt werden.

Generalstreik der belgischen Bergarbeiter

Brüssel, 6. Juli. Der Generalstreik der Bergarbeiter des Reviers Borinage hat heute morgen begonnen. 30 000 Bergarbeiter stehen im Streik. Trotz des Aufgebots der Gendarmen funktionieren die Streikposten ausgezeichnet und halten überall jeglichen Transport an, um ihn zu kontrollieren. Es herrscht große Begeisterung.

Das zwischen den Grubenbesitzern und den Reformisten gestroffene Abkommen ist nunmehr bekannt geworden und erweitert sich als noch skandalöser, als angenommen wurde. Es sind weitere Lohnkürzungen sowie Herabsetzungen der Alters- und Krankenunterstützungen vorgesehen. Auch sollen die ausländischen Arbeiter entlassen werden.

In Mittelbelgien dauert der Streik der 1200 Bergarbeiter von Espinnes-en-Bal an.

Wird der Militärpakt gegen die Sowjetunion beraten?

Aus Lausanne kommen Meldungen, daß die deutsche Delegation sich sogar schon mit drei Milliarden neuen Tributzahlungen, das bedeute insgesamt eine jährliche Belastung der deutschen Werktätigen von etwa 500 Millionen Mark, einverstanden erklärt habe. Die Verhandlungen am Mittwoch sollen um die „politischen Probleme“ gehen. Auch die amerikanischen Delegierten sind aus Genf abwärts in Lausanne eingetroffen und haben mit England und Italien verhandelt. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, die zum erstenmal seit Versailles Deutschland gegenüber einheitliche Front der Tributmächte zu sprengen,

dessen Spitze gegen Amerika in der Kriegsschuldenfrage sie befürchten.

Aufgestachelt durch die offenen Erklärungen von Papens für einen deutsch-französischen Militärpakt, brüllt die Pariser Presse im Chorus, daß Frankreich gar nicht daran denke, Deutschland auch nur ein politisches Zugeständnis zu machen, sei es die militärische Gleichberechtigung oder die Streichung des Kriegsschuldparagraphen. Es wird die Drohung ausgesprochen, Frankreich werde an den 34 Milliarden Tributzahlungen aus dem Youngpakt festhalten, wenn Deutschland nicht alle französischen Bedingungen schlucken will. Da der französische Kriegsminister Paul Boncour telegraphisch nach Lausanne gerufen wurde, ist anzunehmen, daß im Mittelpunkt der jetzigen Beratungen die Frage des Militärpaktes steht, der Deutschland vollständig unter die Fesseln des französischen kriegstreibenden Imperialismus bringen soll.

Ueber die Verhandlungen, die von Papen in Lausanne pflegt und gegen die das deutsche werktätige Volk schärfstes Mißtrauen hegt, wird die deutsche Öffentlichkeit nach wie vor in vollkommener Unkenntnis gelassen. Die Nationalsozialisten unterstützen diese geheime Politik der Regierung durch die Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Einberufung des auswärtigen Ausschusses, wo Papen den deutschen Werttätigen Rede und Antwort über seine Haltung in Lausanne stehen sollte.

Diktator Ibanez in Chile

Streiks und revolutionäre Kämpfe

New York, 7. Juli. Aus Chile wird gemeldet, daß der faschistische Diktator Ibanez aus der Verbannung in Argentinien, wohin ihn der Massensturm der Arbeiterschaft vertrieben hatte, nach Santiago zurückgekommen ist.

Seine Rückkehr hat neue große Streiks und revolutionäre Kämpfe ausgelöst.

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

20. Fortsetzung

„Wie so denn, der ist unser Mann!“
„Roske, der wird's schon machen!“
„Wir müssen eine richtige Führung haben!“
„Eine richtige Führung, ja — Haase müssen wir nach Kiel holen, oder Ledebour! Ihr seid verrückt, sage ich! Keine Ahnung habt ihr!“

„Nensch, Brummischädel!“

„Karl, da bist du ja!“

Die beiden schütteln sich die Hand. Auch Hans Papendied ist da. Bonczyk und Papendied erzählen Raumschuh von den Vorkommnissen an Bord und an Land. Sie sprechen in kurzen, sich überstreichenden Sätzen und werfen alles durcheinander.

Die Menge ringsumher löst sich in einzelne Gruppen auf. Die Gruppen teilen sich und bilden wieder andere. Ueberall wird diskutiert. Und immer neue Gerüchte tauchen auf.

„Truppen sollen auf Kiel im Anmarsch sein!“

„Die Wandsbeder Husaren sind unterwegs!“

„Aber wir haben die Schiffe!“

„Wir beschließen den Bahnhof!“

„Wir schießen alles in Klump!“

„Naja, aber in der Nacht! Nirgend's stehen Posten, alle Zugangspforten sind offen!“

Kiel ist eine unbewachte Festung mitten in „Feindesland“. Der Kriegsminister in Berlin berät in diesem Moment mit seinen Generalen die zu unternehmende Aktion. Und vom Generalkommando des IX. Armeekorps sind tatsächlich schon Truppen im Anrollen, um Kiel zu besetzen.

Matrosen mit roten Armbinden suchen Freiwillige für die Nacht zum Posten stehen und zum Patrouillen gehen. Nach Friedrichs ort, nach Ederförde, nach der Lübecker und Preker Chaussee marschieren sie truppweise ab, um die Anmarschstraßen auf Kiel zu bewachen. Raumschuh, Bonczyk und Papendied führen einen

Trupp zum Oberen Sophienblatt. Von Schleswig her sollen die „Nierundachtziger“ anmarschieren; denen wollen sie entgegengehen.

Die „Nierundachtziger“ aus Schleswig: um drei Uhr nachmittags standen sie feldmarschmäßig auf dem Schloßhof. Eine Stunde später wurden sie auf einen bereitstehenden Zug verladen. Langsam fuhr der Zug durch das dunkel werdende Land. Nebung? Alarm? Feldbereitschaft? Niemand wußte, um was es ging und wo die Fahrt hingehen sollte. Auf einer kleinen Station, wo der Zug eine Weile stehen blieb, sprang zum erstenmal die Nachricht auf:

„In Kiel sind Unruhen ausgebrochen!“

„Die Matrosen sollen meutern!“

Nach zehn Uhr abends bleibt der Zug auf der Strecke stehen. Eine Laterne, ein heruntergelassener Schlagbaum, ein Stück weiter stehen Häuser, eine Straße verliert sich im Dunkeln.

Der Zug hält lange.

Die Soldaten sitzen und rauchen, andere hocken zusammengekauert und dönen. Ein paar Mann steigen aus und gehen an den Schienen entlang bis zum Bahnhofsübergang.

Hinter der Schranke stehen Frauen und Kinder.

„Wo sind wir hier eigentlich?“

„Flemlüde — eine halbe Stunde von Kiel weg!“

„Was seid ihr denn für welche?“

„Nierundachtziger aus Schleswig!“

„Die Lübecker sind auch schon da! Aus Neumünster und Rendsburg auch welche, die sind alle übergelaufen.“

„Die Matrosen haben die ganze Stadt.“

„Die Straßenbahnen fahren nicht.“

„Jetzt ist alles wieder ruhig.“

Nach einer halben Stunde Aufenthalt fährt der Zug weiter, langsam schiebt er sich in das Weichbild der Stadt vor. Rechts und links von der Strecke sieht man die Häuserreihen der Vorstadt mit vereinzelt gelb erleuchteten Fenstern liegen. Dann bleibt der Zug endgültig stehen. Die Truppe wird ausgeladen und tritt an. Munition und eiserne Portionen werden verteilt.

„Ohne Tritt — marsch!“

Die Kolonne bewegt sich durch eine Seitenstraße dem Oberen Sophienblatt zu, vorn der Hauptmann und die Offiziere. Herumstreichende Matrosen tauchen auf und laufen neben den Kolonnen her.

„Na, Kam'rad, ihr schießt doch nicht!“
„Ihr habt doch auch genug?“
„Ihr habt doch denselben Kohldampf!“
„Und dieselben Offiziere!“
„Die haben euch doch genug geschliffen!“
„Bei uns haben sie nichts mehr zu melden!“
„Wir haben die ganze Stadt!“
„Und die Schiffe!“

Am Sophienblatt geht ein jähes Halten durch die Truppe. Die Infanteristen legen die Munitionskästen ab, stoßen sich die Pfeifen, treten von einem Fuß auf den andern. Einige verlassen die Reihen und gehen nach vorn, um zu sehen, was los ist.

Vorn verhandelt der Hauptmann mit einem Matrosen — einem langen Kerl in grauem Arrestanzug, der einen Offizierssäbel in der Hand trägt. Neben ihm steht ein Kleiner mit einem umgehängten Gewehr, den Kolben nach oben. Zehn Schritt weiter liegt eine Gruppe quer über den Damm, in der Mitte ein schußfertiges Maschinengewehr.

„Das Bataillon legt hier die Waffen ab und fährt nach Schleswig zurück!“ sagt der Lange.

„Wir haben die Schiffe,“ erklärte der andere.

„Wir schießen alles in Klump,“ droht ein Dritter.

Der Hauptmann starrt den Matrosen an. Er dreht sich um und schaut die Offiziere an sich zusammen, während er mit seinen Unterführern leise spricht, schwärmen an beiden Seiten die Kulis entlang.

„Der Krieg ist nu aus, Kamerad!“

„Du brauchst kein Gewehr mehr!“

„Komm, Kamerad, gib man schon her!“

Die Kulis greifen nach den Gewehriemen, und die Infanteristen lassen langsam los. Der Krieg ist nun aus: das ist so einfach und dabei so überzeugend! Und noch ehe die Offiziere einen Entschluß gefaßt haben, kommen die mit den Gewehren bedackten Kulis nach vorn und legen sie in Dedung des Maschinengewehres nieder.

„Die Offiziere sind verhaftet!“ erklärt der Lange.

„Halt! Stehenbleiben!“ Bonczyk und Papendied halten einen Offizier, der sich nach hinten verdrücken will, fest.

„Geben Sie den Säbel her, Herr Hauptmann!“

„Herr Leutnant, aber 'n bißchen kneller!“

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondiert mit den Arbeitern der Sowjetunion

Russische Arbeiterkorrespondenten richten eine Aufforderung zum Briefwechsel an alle!

Breslau. Aus der Mitte der Arbeiterkorrespondenten der Sowjetrussischen Stadt Koston am Don, die gleich allen Sowjetrussischen Städten im stürmischen Wachsen begriffen ist und zurzeit 200.000 Einwohner zählt, hat sich eine Brigade zur Anknüpfung und Pflege internationaler Verbindungen gebildet. Dieser Brigade gehören auch mehrere Arbeiter aus der weltbekannten Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen „Koselmasch“ an. Die Brigade bittet uns, nachstehenden Appell abzuwandeln und teilt mit, daß die Briefe nach der Sowjetunion an folgende Adresse zu richten sind:

Sowjet-Union, Koston am Don, Dmitriewskaja 33, Redaktion „Molot“.

Wir veröffentlichen den Aufruf der Sowjetrussischen Brigade und bitten unsere Genossen und alle Werktätigen Breslaus, die günstige Gelegenheit zur Anknüpfung eines Briefwechsels mit der Sowjetunion sofort auszunützen. Die Brigade „Molot“ schreibt:

Koston am Don, den 10. März 1932.

An alle Arbeiter, Angestellte und werktätige Bauern!
Die Arbeiterkorrespondenten der Sowjetrussischen

Zeitung „Molot“ in Koston am Don haben den Beschluß gefaßt, engere Verbindungen mit den Arbeitern und Bauern des Auslandes anzuknüpfen. Zu diesem Zweck haben sie eine Brigade zusammengestellt und sie beauftragt, sich ausschließlich mit der Pflege internationaler Verbindungen zu beschäftigen.

Um sofort einen Anfang zu machen, wendet sich die Brigade „Molot“ an alle Werktätige des Auslandes mit der Bitte, ihr die Adressen solcher Kollegen und Kolleginnen mitzuteilen, die gewillt sind, mit den Sowjetrussischen Arbeitern und Bauern in Verbindung zu treten. Besonderen Wert legt die Brigade „Molot“ darauf, Kollektiv-Briefe von Betriebsbelegschaften oder Gruppen von Arbeitern und Bauern zu erhalten.

Überdies soll man nach der Sowjetunion schreiben? Aber all das, was Euch bedrückt und bewegt. Wir wollen Euren Alltag kennen lernen: Wie Ihr arbeitet, wie Ihr entlohnt werdet, wie es den Arbeitslosen geht, wie Ihr wohnt, wie hoch die Steuern bei Euch sind, wie Eure Gesundheit beschaffen ist, wie es Euren Frauen und Kindern geht, was Ihr macht,

Alle Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen
Proletarierfinder
Jugendgenossen
revolutionären Massenorganisationen
Arbeiterportler
Kämpfer für Kulturbolschewismus
SAP., SPD., Reichsbanner-, A.P.D.- und partei-
lose Arbeiter, Kleingewerbetreibende und Werktätige,
marschieren mit uns auf Sonntag, 24. Juli, zum
Fest der 20000 an der Oder

Bereine und Organisationen, die noch mitwirken wollen, teilen das der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ mit.

um aus dem Elend der Krise herauszukommen, wie Ihr denkt, den Kampf gegen den schon eröffneten imperialistischen Krieg zu führen.

Was die Sowjetrussischen Arbeiter und Bauern schreiben werden? Sie werden von ihrem Kampf berichten, den sie zur Vollendung des ersten Fünfjahresplans führen und werden Euch alle Fragen beantworten, die Ihr zu stellen habt.

Arbeiter, Angestellte, Bauern, schreibt uns! Unser Briefaustausch soll den Zweck haben, daß internationale Solidaritätsband aller Werktätigen enger zu knüpfen und den Kampf um die Befreiung der noch unter dem Kapitalismus Schmachenden zu beschleunigen.

Mit revolutionärem Gruß an alle Unterdrückten und Ausgebeuteten
Internationale Brigade „Molot“.
(Folgen Unterschriften)

Arbeiterkorrespondenten, Betriebszeitungsredakteure, schlagt in die Hand ein. Nehmt sofort den Briefwechsel auf und macht die Briefe der russischen Genossen und eure Antwort zur Angelegenheit größten Interesses der Gesamtbelegschaft!

Genosse Wolff ein Opfer der Autoraferei

(Arbeiterkorrespondenz)

Ruppertsdorf, Nr. Strehlen. Unter reger Anteilnahme fand hier die Beerdigung des im Jahr aus dem Leben gerufenen Genossen Wolff statt. Er war am vergangenen Sonntag das Opfer einer unverschämten Autoraferei des uralten hiesigen Mühlendächters Hannig aus Glimbach, welcher mit zynischer Frechheit die Tat mit den Worten: „Wofür zahle ich Steuer? Die Straße gehört uns, ich kann fahren wie ich will!“ zu entschuldigen suchte. Unter dem Druck der Arbeiterchaft wurde Hannig verhaftet, ist aber am Montag bereits schon wieder freigelassen worden. Wenn man berücksichtigt, daß Hannig Nazi ist, so ist dieses zu verstehen — auch zu verstehen, daß die Antworten dem hiesigen Ortsvorsteher gegenüber am Tatorte mehr als frech ausfallen dürften.

Genosse Wolff hinterläßt eine Frau mit sechs unverorgten Kindern und wir fordern, daß der Schuldige für den Unterhalt der Hinterbliebenen herangezogen wird. Wir teilen durchaus nicht die Ansicht der Frau Parrer Schmitz von Ruppertsdorf, die da sagte: „Hannig ist doch kein Missethäter, daß er die Zurückgebliebenen ernähren kann!“ So mancher hatte sich die christliche Frömmigkeit einer Parrerfrau ganz anders vorgestellt. Das ist eine weitere Lehre für die Ruppertsdorfer Arbeiterchaft.

WERTHEIM

Breslau Tauentzienplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat:

Frisches Fleisch		Wurstwaren	
Kalbshaxe	Pfd. 0.32	Schweinesülze	Pfd. 0.36
Kalbskamm	Pfd. 0.48	Blut- und Leberwurst	Pfd. 0.80
Suppenfleisch	Pfd. 0.46	Jagdwurst	Pfd. 0.80
Gehacktes	Pfd. 0.50	Berliner Mettwurst	Pfd. 0.84
Gulasch	Pfd. 0.58	Räucherspeck	Pfd. an 0.88
Schweinebauch m. Beil.	Pfd. 0.48	Plockwurst, Holstein	Pfd. 1.08
Schweineköpfe	Pfd. 0.25	Zerelatwurst	Pfd. 1.18
Kolonialwaren		Konserven	
Bruchreis	Pfd. 0.11	Frischobst-Marmelade	2-Pfd.-Eim. 0.85
Bruch-Makkaroni	Pfd. 0.35	Zweifrukt-Marmelade	dto. 0.88
Erdbeer-Pudding	Pfd. 0.46	Kond. Milch, Löwenmarke, Dos. 45 u. 23	Wachsbröckchen 1 Dose 0.52
Erbsen, halbe	Pfd. 0.18	Gewürzgurken, kl. 1/2 Dose	0.72
Sultaninen	Pfd. 0.36		
Kakao	Pfd. 0.48		
Käse und Fette		Konfitüren	
Ziegelkäse	Pfd. 0.20	Edamer, vollfett	Pfd. 0.72
Limburger o. Rinde	Pfd. 0.48	Kokosfett	Pfd. 0.30
Tisiter o. Rinde	Pfd. 0.52	Rohschmalz	Pfd. 0.44
Obst		Weine, Fruchtsäfte	
Gurken	Pfd. 0.18	Zitronensaft, los. v. Faß Pfd. 0.48	
Erdbeeren	Pfd. 0.24	Himbeersaft, los. v. Faß Pfd. 0.50	
Tomaten	Pfd. 0.28	Orangensaft, los. v. Faß Pfd. 0.58	
Räucherwaren			
Seelachs	Pfd. 0.32		
Räucherschotten, 2 Stück	0.25		
Matjesheringe	3 Stück 0.20		
Röstkaffee	182	Vanillepudding	0.38
Konsum-Misch. Pfd.		Pfund	

Heute und morgen letzte Tage:
Saison-Schluß-Verkauf

Fleisch- und Wurst Richard Krusch
Breslau, Adalbertstraße 15
Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166
Neue Taschenstr. 30
Tiergartenstraße 26

Zurückgekehrt Dr. med. E. Büchler
Glogauer Str. 3

Infomorph
haben in unserer
Zeitung
bunten Erfolg

Biel-Kristall
Vasen, Schalen, Karaffen,
Zerstäuber, auch handge-
malt Porzellane
bis auf weiteres
zu jedem nur noch an-
nehmbaren Preis
Maria Becker
Alte Taschenstraße Nr. 3-5
an der Ohlauer Straße

**Pfänder-
Auktion**
Mittwoch, 13. Juli
Leihhaus
Grundmann
Trenitzer Str. 21

Saison-Schluß-Verkauf

Schade um jeden Groschen, den Sie jetzt nicht anlegen, denn er zählt doppelt, solange die beispiellos niedrigen Preise unseres Saison-Schluß-Verkaufs in Gültigkeit sind.

Nützen Sie deshalb diesen Verkauf aus!

Brandt & Wegner, Sagan

Bruno Kastner
Fleischerei
Breslau, Adolfstraße 14

Gelchäfts-Übernahme!

Meiner werten Kundschaft von Stadt und Land zur gefl. Kenntnis, daß ich ab 4. Juli noch ein

zweites Gelchäft

Striegau, Schweidnitzer Str. 20

(Ruppelt-Fleischerei) übernehme. Ich bitte, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auch auf mein neues Geschäft gütigst übertragen zu wollen

Hochachtungsvoll
Eduard Naschinski
Fleischerei

Unser Saison-Schluß-Verkauf

beginnt am Montag, dem 11. Juli!

Sie kaufen besonders vorteilhaft in allen Abteilungen!

Georg Bick Nachf. / Sagan



Aus Waldenburg

Aus der Gemeindevertreterversammlung in Weißstein

Die Papen-Notverordnung treibt die Gemeinde zur Katastrophe

Weißstein. Der am 5. Juli stattgefundenen Vertreterversammlung lag der Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1932 zur Verabschiedung vor. Der Gemeindevorsteher wies einleitend darauf hin, daß die Regierung durch die 5. Notverordnung die Gemeinden vor die schwierigsten Aufgaben stelle. Durch die Umgestaltung des Hauszinssteuerwesens werden die Gemeinden von neuem belastet und von 2700 Einwohnern, die bisher diese Steuer gesundet erhielten, werden bestenfalls noch 700 bis 800 übrigbleiben. Also weitere Not, weiteres Elend für die Betroffenen. Die 5. Notverordnung wird zur Katastrophe treiben. Die Industrie- und Handelskammer erleichterte die Stimmungsmache des Gemeindevorstehers für Annahme des Etats dadurch, daß sie denselben für den Bergbau als untragbar bezeichnete. Die Vertreter glaubten, wenn diese Institution wegen angeblich zu hoher Belastung etwas gegen den Etat einzuwenden hat, sie dann die beste Veranlassung haben, abzulehnen. Die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen werden nicht um ein Gutachten zum Hungeretat gefragt.

Gegen den schärfsten Protest der kommunistischen Fraktion beschloß die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront, von einer Einzelberatung der Etatpositionen Abstand zu nehmen und nur in einer Gesamtsprechung den Etat zu verabschieden.

Nazi Weist las die von seinen Parteifreunden ausgearbeitete Erklärung vor. **Schäffle** **Eisner** stand immer auf dem „Standpunkt“, daß praktische Arbeit geleistet werden muß und rühmte dieselbe über alle Massen. Daß sie durch diese „praktische“ Arbeit den sterbenden Kapitalismus nur am Leben erhalten, scheint Eisner noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Genosse Wistuba erklärte, daß das Reich verstanden hat, alle Lasten auf die Gemeinde abzuwälzen und der Etat nach dem Gesicht des Kanzlers **Papens** zugeschnitten ist.

Genosse Neumann beleuchtete die einzelnen Positionen ausführlich. Er nagelte vor allen Dingen den Beschluß der Vertretung fest, den Etat in Bausch und Bogen zu verabschieden. **Gen. M.** forderte die

Herabsetzung der hohen Gehälter auf 500 Mark monatlich und Erhöhung der Bekanntmachungskosten um 450 Mark, damit auch den Lesern der kommunistischen Presse die amtlichen Bekanntmachungen zugänglich gemacht werden können. Er forderte Streichung der Polizeikosten, insbesondere der staatlichen Polizei.

Im Titel Betrieb und Unternehmungen wurde den vorgenommenen Abschnitten noch einmal das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD gegenübergestellt. Der Schultet gab Gelegenheit nachzuweisen, wo wirklicher „Schulbolschewismus“ herrscht. Bedeutende Erhöhungen

wurden beantragt, zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln für Minderbemittelte, desgleichen für Kinderpeisung und Schülerwanderungen. Im Wohlfahrtsetat springt dem Uneingeweihten anfangs ins Auge die Erhöhung von 140000 Mark im Vorjahre auf 274300 Mark im neuen Etat bei Barunterstützung für Hilfsbedürftige. **Genosse N.** wies an Hand von Zahlen nach, daß auch dieser Betrag in keiner Weise ausreichen wird, die Not der Ärmsten der Armen, in die sie durch die 5. Notverordnung gebracht werden (Erhöhung der Wohlfahrtsberwerblosenziffer, Beseitigung der Hauszinssteuer u. a. m.) zu lindern. Wie alle übrigen Änderungsanträge verfiel auch der Antrag, 200 Mark für die Rote Hilfe einzusetzen, der Ablehnung. Die Steuerdeckung wurde ebenfalls von unserer Fraktion abgelehnt, weil die wichtigsten Steuerquellen, wie bei Reich und Ländern, nur die Massensteuern sind und die Gemeinde wie gestern das Vollzugsorgan Prünings, heute das Vollzugsorgan Papens ist. Praktische Arbeit im Interesse der großen Mehrheit auch der Weißsteiner Einwohnerschaft, ist nicht ein künstlich ausbalanzierter Etat.

Selbstgewählte Kampfausschüsse der Arbeiterschaft müssen den außerparlamentarischen Kampf organisieren und mit den gesamten Werktätigen Aktionen gegen das System auszulösen.

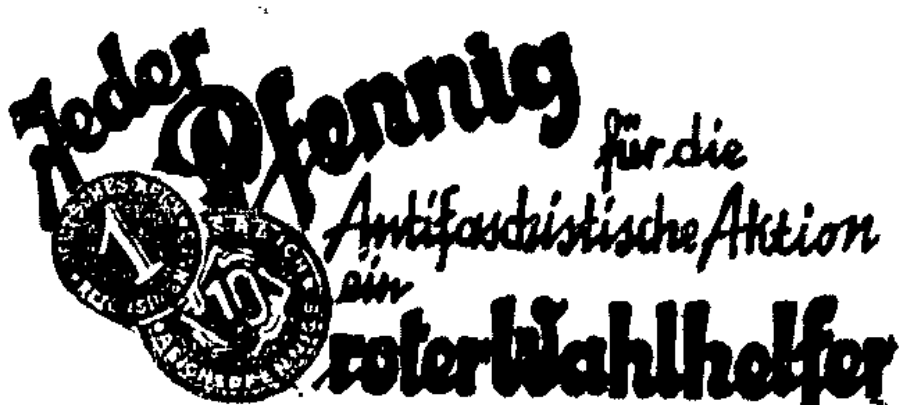
Nach einigen Versuchen des Gemeindevorstehers **Hartwig**, die guten Argumente des **Genossen N.** gegen die Annahme des Etats zu entkräften, wurde der Hungeretat gegen vier Stimmen angenommen. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß die Verlegung der Stempelkontrolle in den Ort, vom Landratsamt abgelehnt wurde.

Ab 14. Juli bis 10. August geht Herr Gemeindevorsteher in Ferien. Vertretung übernimmt **Schäffle** **Scholz**, der täglich, außer Sonnabend, von 17 bis 18 Uhr, für das Publikum zu sprechen ist.

Freche Verleumdungen gegen Kommunisten

Rohkost, Kreis Vollenhain. Welche Methoden die SA- und Hitlerbanditen ergreifen, um revolutionäre Arbeiter ins Irre zu bringen, beweist folgender Vorfall: Bei einem Nazi, **Gausbesitzer** **Veder**, in **Dahdorf**, sind Gänse, Enten und Hühner gestohlen worden. An der Stalltür hing ein Zettel mit folgenden Worten: „Aus Rache von der KPD. Rohkost.“ Zufälligerweise sahen zwei Genossen aus **Rohkost** gleich den Tag nach der betreffenden Nacht frühzeitig nach **Breslau**. Schon war innerhalb des Dorfes die Meinung fertig: „Die Kommunisten sind's gewesen.“

Der Oberlandjäger **Bernhardt** hatte nichts eiligeres zu tun, als gleich zu den Frauen der Genossen zu gehen und loszu-brüllen und zu schreien. Der Herr Amtsvorsteher **Pusch**



mann hatte bei der Vernehmung eines Sohnes von einem Genossen dieselben Manieren, brüllte und beschimpfte die Erwerbslosen mit: „Lumpenpack, Staatsauslauger“ und dergleichen mehr. Unter anderem sagte er: „Mit solchem Lumpenpack werden mit mal tüchtig aufräumen.“ Allem Anschein nach sind wir schon im Dritten Reich! Gemach ihr Herren, wenn es heißt „aufräumen“, wird dies die wert-tätige Verdüsterung tun und zwar in einem freien, sozialistischen Räte-deutschland. Bei der Vernehmung der beiden Genossen versuchte der Amtsvorsteher mit **Biebermannston**, **Zettischitten** und **Kaifee** die Genossen zu einem „Geständnis“ zu bringen, hatte aber die Rechnung ohne die Genossen gemacht, denn die Beschuldigungen gegenüber den Genossen sind direkt aus den Fingern gelogen. Die Genossen sind um 1/4 Uhr früh von **Rohkost** weg nach **Breslau** gefahren. Um 1/8 Uhr, soll schon das gestohlene Federvieh von ihnen in **Jauer** verkauft worden sein, um 1/7 Uhr, waren die Genossen schon in **Pant** bei einem Friseur. Von **Jauer** bis **Kant** sind 50 bis 55 Kilometer und das in einer reichlichen Stunde mit dem Rade, ein richtiger Rekord! Merkwürdigerweise sind Zwischenhändler, sowie Händler, die das Ge-lügel gekauft haben, Nazis.

Klassengenossen, Werktätige, merkt ihr was? Es gilt Kommunisten eins auszuwischen, sowie der Bewegung am Ort. Laßt euch nicht verwirren, sondern schließt euch fester zusammen zur roten Einheitsfront! Kämpft mit den Kommunisten um ein besseres Dasein gegen Lohn-abbau, Unterstüßungsabbau, um ein freies, sozialistisches Räte-deutsch-land.

Nazi-Schwindel niedriger hängen

Vollenhain. In Nr. 141 vom Sonntag, dem 3. Juli, bringt die schließliche Nazizeitung einen Artikel unter der Schlagzeile „Haus-suchung bei Kommunisten“. In diesem Artikel wird behauptet, daß bei einer Hausjuchung in den städtischen Wohnbaraden in **Vollenhain** bei kommunistischen Erwerbslosen, Jagdgewehre, politisches Material und andere von einem Diebstahl herrührende Sachen gefunden worden seien. Wir erklären hierzu, daß einer der Angeschuldigten schon lange aus der KPD. ausgeschlossen ist. Das ist den Nazi gut bekannt, da er ja nach seinem Ausschluß um Aufnahme bei den Nazis ersucht hat. Den Nazis ist keine Lüge zu gemein, man will mit der dreckigen Behauptung nichts anderes, als den Beweis erbringen, daß sich in „der KPD. nur verbrecherische Elemente“ be-finden. Wir hängen hier die verfolgte Behauptung der Notver-ordnungs-Machete niedriger.

Woraus besteht eine gute Zigarette?

- ① Aus reinen edelsten Orient-Tabaken
- ② fachmännischer Mischung
- ③ guter deutscher Werkarbeit

Diese Voraussetzungen erfüllt

ORIENTA STERN

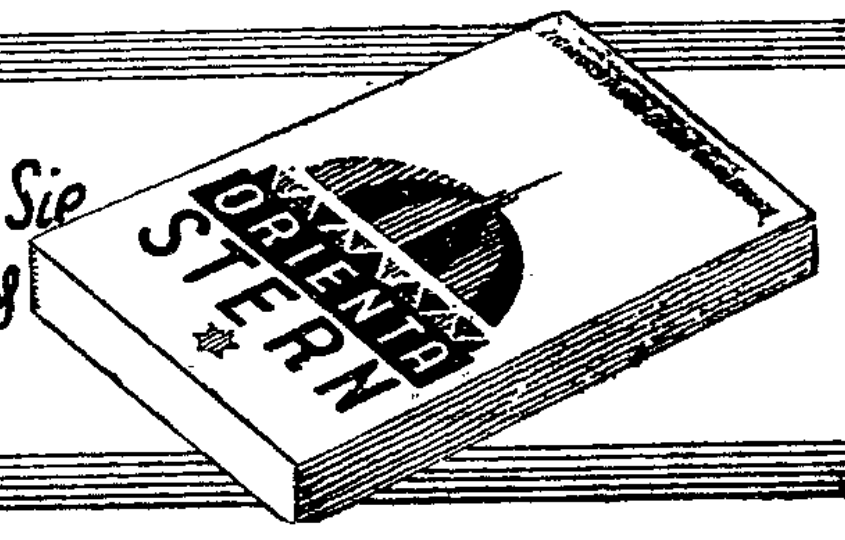


Die neue deutsche Volkszigarette - 4 Stück 10 ¢

Zur Einführung erhalten Sie einmalig 4 „Orienta Stern“ für 5 ¢ unter Abgabe des beigefügten Wertgutscheines. Benutzen Sie die Gelegenheit, so billig in den Besitz dieser Qualitäts-Zigaretten zu gelangen u. lösen Sie noch heute den nachstehenden Gutschein bei Ihrem Zigarrenhändler ein.

Wert-Gutschein Nr. 802 A.B. (Gültig bis 17. 7. 1932)

Gegen Abgabe dieses Gutscheins u. Zahlung von 5 ¢ erhalten Sie in jedem Zigarrengeschäft 4 „Orienta Stern“ im Werte v. 10 ¢ mit Gold od. ohne Mdstck.



„Orienta“ Zigarettenfabrik G. m. b. H. Dresden - A. 21.

Wer spricht am Freitag, dem 15. Juli im Sirkus Busch?

„Zweierlei Geist — Zweierlei Kameradschaft“

Unter dieser Überschrift bringt das hiesige Augenorgan der Nazis, die „Schlesische Tageszeitung“ einen Bericht über den Besuch bei dem von den braunen Wörtern amnestierten Jungarbeiter, dem Arbeiterführer Audi Günther.

Genau so verhält es sich in diesem Falle. Der von den verhassten SA-Leuten niedergedrückte Arbeiter Günther aus der Uferstraße darf, weil er noch immer in Lebensgefahr schwimmt, keine Besuche empfangen. Günther wurde sogar, da sein Zustand zu besorgniserregend ist, in den letzten Tagen in ein besonderes Zimmer gelegt.

Das braune Führergesicht, das sich jetzt damit rühmen will, den von ihnen als niedergedrückten Arbeiter Besuche abzuhalten, kümmerte sich in dem Augenblick, als die Augen der schicksalhaften SA ihren eigenen Vg. trafen, nicht im geringsten um denselben.

Und jetzt kommt dieses Geschmeiß und will die Solidarität der Kampfbereiten Arbeiterklasse begegnen. Die hysterischen Diktatoren wollen damit den Arbeiterfrauen auf die Transparenzen drücken, sie wollen damit auf Dummheit gehen, doch sie werden kein Glück damit haben.

Bauerndelegation nach der UdSSR.

Das Reichsbauernkomitee hat für den Monat Oktober eine Delegation von 20 deutschen Bauern nach der Sowjetunion organisiert. Da der Bezirk Schlesien an dieser Delegation beteiligt ist, ersuchen wir die Ortsgruppen, sofort dazu Stellung zu nehmen.

Rote Rundfunk-Rundnotizen

- Freitag, 15. Juli. 18.00 Uhr: Konzert des Reichs-Rundfunkbundes für deutsche Kulturgenossen. Auch heute gibt das Sonntagprogramm von kommunistischer Seite.

Arbeiterkorrespondenten! Sendet Berichte über die antifaschistische Aktion

Metallarbeiter, heute Generalversammlung

Alle Metallarbeiter der RGD, Partei und Massenorganisationen müssen pünktlich um 18 Uhr im Sirkus Busch, 21, III, erscheinen.

U.S.B. Fichte

Unter der Leitung von Hans Jost im Sirkus Busch, 21, III, Sonntag, 15. Juli, 19-22 Uhr. Programm: Mitternacht und Freitag von 17-19 Uhr.

Proleton-Programm

In den kühlen Räumen des „Proleton“ läuft ab Freitag ein Standardprogramm. Die Hauptattraktion: „Es geht um alles“, ein neues sensationelles Kontaktfilm.

Schöne weiße Zähne

Von nun an einmalig. Waschen mit der herrl. erzieh. Komedien „Chlorodont Zahnpasta“, kreiert aus ein Raucher. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

Erwerbslose Buchdrucker und die „Eiserne Front“

Breslau. Am Dienstag hielt es Sporn vom Buchdruckerverband für nötig, eine Buchdrucker Erwerbslosenversammlung einzuberufen, um die Kollegen mit den bekannten Phrasen erneut auf dem Umweg der „Eiserne Front“ vor den SPD-Wahlkassen zu spannen.

Sporn schilderte zwar die furchtbaren Auswirkungen der letzten Notverordnung der Regierung Papen, sprach aber mit keiner Silbe von den dringenden Notverordnungen und der Mithilfe der SPD- und NSDAP-Führer. Seine empfohlenen „Abwehrmittel“ kommen eher als Unterhaltungsstücke in Betracht.

Bettelbriefe anstatt Kampfmaßnahmen

Dieses Schreiben, eine hochachtungsvolle Bitte an das Wohlfahrtsamt um eine Mietsbeihilfe, ist geradezu ein Hohn für die Armen der Arbeiterklasse.

Zur Antifaschistischen Kampfwoche rote Fahnen und Transparente heraus!

Bettelbriefe beim Wohlfahrtsamt, früher Armenpflege genannt. Das sind die Mittel, die indirekt den Faschismus stärken und mit denen die Bourgeoisie ihren Klassenverrat fortsetzen.

Das Bild ändert sich ab, wenn Sporn zusammenfassend erklärte, daß leider nichts zu ändern sei, man sich mit den Verhältnissen abfinden müsse, weil wir uns leider nicht in der Offensive, sondern in der Defensive gegen den Faschismus befinden.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion

Streikflug der Brieger Pflichtarbeiter

Brieg. Einige Wochen standen die Brieger Pflichtarbeiter im Kampf um die Abschaffung der Pflicht- und Zwangsarbeit. Nachdem nun die letzte Stadtratsordnungsversammlung den Beschluß gefaßt hatte, die Pflichtarbeit aufzuheben, trat nun der Magistrat diesem Beschluß bei.

Trotz sozialdemokratischer Sabotage und NSDAPischer Verleumdung einzelner Streikender und deren Führung ist durch das Eingreifen der ZMS der Streik zum Siege der Arbeiterklasse geführt worden. Die ZMS brachte im Verlauf der Streikzeit 1200 Portionen Essen, 120 Brote, 110 Liter Milch, 85 Pfund Schmalz, außerdem noch Wurst, Käse usw. zur Verteilung.

Die Brieger Arbeiterklasse hat durch diese antifaschistische Aktion und durch die Solidaritätsaktion der ZMS bewiesen, daß sie nicht nur Kampfsieger sein kann, sondern sie hat selbst den sozialdemokratischen Schwanz wiederlegt, wonach in Zeiten der wirtschaftlichen Krise keine streikfähigen Kampfsieger geführt werden könnten.

Saboteure der Einheitsfront

Gorfau bei Strehlen. Hier wurde von der NSDAP-Gruppe eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Wie schaffen wir die Einheitsfront?“ durchgeführt. Der Genosse Beder sprach vor den zahlreich versammelten Steinarbeitern und deren Frauen über den revolutionären Ausweg und der Schaffung der Voraussetzungen des Sieges des Proletariats, der roten kämpfenden Einheitsfront, die im Kampf um Lohn und Brot, gegen Notverordnungen, Diktatur und Faschismus in den Betrieben und Stempelstellen geschaffen werden muß.

Die SPD-Führer hatten Anweisung gegeben, die Bildung der roten Einheitsfront zu verhindern und hatten den Provoqueur kritisch aus Schmolz in die Versammlung geschickt. Der versuchte nun, die Versammlung hochgehen zu lassen und möglicherweise eine Schlägerei zu provozieren.

Ein Prolet fertigte diesen Kerl sehr gut ab, aber auch dem Genossen Beder war es ein Vergnügen, diesen „Helden“ unter dem Beifall der Anwesenden regelrecht aus den Lumpen zu schütteln.

Am Schluß erzählte der „Kämpfer gegen den Faschismus“, daß er mit dem Chefredakteur der „Schlesischen Zeitung“ Dr. Wall in einer Unterredung erfuhr habe, daß die Schreibweise dieser Tageszeitung gemildert werden soll.

Ein oppositioneller Kollege trat den Ausführungen Sporns entgegen, der die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie zeigte, deren Kurs die Erwerbslosen zum vollständigen Untergang führt. Auch zeigte er verschiedene Beispiele, wie der Kampf gegen Faschismus und Lohn- und Unterstützungsabbau und Verelendung geführt werden muß.

Kollegen, schmiedet die rote Einheitsfront!

Der NSDAP-Kollege Maygat begnügte sich, eine Resolution einzureichen, die vom NSDAP verlangt, eine Einheitsfront aller proletarischen Organisationen gegen den Faschismus zu schaffen, um so mehr versuchte er in seiner Begründung die kommunistische Parole der Einheitsfront von unten im Betrieb und Straße als Phrase hinzustellen.

Es wird höchste Zeit, daß die Proleten in den Gewerkschaften Schluß machen mit ihrer Lammesgeduld und sich endlich mit einreihen in die rote Einheitsfront und zur Antifaschistischen Aktion schreiten.

Parteilose Arbeiter, SPD- und Gewerkschaftskollegen waren über die ungeheure Provokation des Kritisch derart empört, daß er um ein Paar seine verdiente Abreibung erhalten hätte.

Die Versammlung, die wie selten gut besucht war, war ein guter politischer Erfolg der roten Einheitsfront. Die Steinarbeiter werden nunmehr mit der NSDAP eine Betriebsversammlung durchführen und im Kampf gegen den bevorstehenden Lohnraub die rote Einheitsfront schaffen.

Gerhard Fieseler, der dreifache deutsche Kunstflugmeister, startet am Sonntag, dem 10. Juli, um 15.30 Uhr, am Groß-Flugtag in Breslau

übertrifft im Rahmen des hochsensationellen Programms der „Bergmann-Klasse-Flugtag“ alles, was jemals an kühnen Hoffnungen auf Deutschlands Kunstflugtechnik nur ausgedacht werden konnte.

Träum: Auf am Sonntag zum Schauplatz dieser höchsten aller Höhenleistungen!

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Lokales: Hubert Gröner in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Gerberich, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Gollam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Proleton - Tonillmbühne Gabitzstraße 20 Höfchenstraße 49

Beginn 5.30 Uhr, 7 Uhr und 8.30 Uhr Ab Freitag, den 8. bis Donnerstag, 14. Juli Wir bieten! Kühle Räume Zwei Standard-Tonfilme Rasputin (Der Dämon der Frauen)

Original-Aufnahmen aus dem Berliner Wintergarten, aus den Hamburger Hafen-Sensationen im Flugzeug, auf Wolkenkratzer-Dächern in Hamburg! Preise ab 60 Pfg., Erwerbslose W. ab 30 Pfg. Arbeiter-Sportkartell

Aus Niederschlesien

Betriebsarbeiter gegen die Nazi-Kapitalstnechte

Ein Naziprovokateur sucht vor den Fäusten der Betriebsproleten bei der Polizei Schutz — Betriebsversammlung der NSBO. in Görlitz ein großes Fiasko

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Görlitz. Die Nazis versuchten hier besonders an die Arbeiter, die noch im Betriebe beschäftigt sind, heranzukommen. Es wurden vor den Betrieben Handzettel verteilt, in denen ein „großartigstes Nazi-Programm“ und die „Bildung von Nazibetriebszellen“ in Görlitz angekündigt wurden. Die Arbeiter aus den Betrieben der W u n a g, D R B., Eisenbahn und vom Elektrizitätswerk wurden zu einer Versammlung nach dem Feldherrnplatz im „Echten“ aufgefordert. Als Saalschutz wurden etwa 100 Mann SA. und SS. im Saal stationiert, außerdem war ein Aufgebot der Polizei erschienen. Es wimmelte nur so von Uniformen der braunen Pest. Man sah ihnen an, daß sie eine Heidenangst vor den Fäusten der zahlreich erschienenen Proleten haben. Das hat auch der Verlauf der Versammlung bewiesen. Die braunen Söldnertruppen fühlen sich nur stark, wenn sie einzelne Arbeiter überfallen können.

Der Naziredner Plebsche, umgeben von etwa 20 Mann SA., gebrauchte die altbekannten Phrasen, die aus den letzten Wahlgängen zur Genüge bekannt sind. Seine hauptsächlichsten Schlagwörter waren unter anderem „Schonauze, Freisse, Luder, Hunde“ usw. Die anwesenden Proleten wurden unter diesen Schlagwörtern schon ungeduldig, als aber der Naziredner anfing, von „Kohjungen“ zu reden, war die Geduld der Betriebsarbeiter zu Ende.

Mit geballten Fäusten drangen die Arbeiter vor zu dem Naziredner, um den frechen Provokateur zu künftigen.

Die Nazis wußten in dieser Situation nichts anderes zu tun, als die Polizei gegen die Betriebsarbeiter zu alarmieren. Nur der

Disziplin der Arbeiter ist es zu verdanken, daß es nicht zu einer großen Schlägerei gekommen ist.

In der Diskussion, die sich die Arbeiter erzwungen hatten, rechnete Genosse H. unter gespanntester Aufmerksamkeit der anwesenden Arbeiter unbarmherzig mit den Kapitalistennechten ab. Die Arbeiter sollten ihm stürmischen Beifall und brachten damit zum Ausdruck, daß sie die Rolle der Nazis als Kapitalistennechte erlaunt haben. Der Referent hatte jetzt, da die Polizei im Saal war, wieder Mut bekommen und begann erneut eine wilde Hege gegen die Arbeiter und besonders gegen Sowjet-Rußland.

Der größte Teil seiner Ausführungen ging in den entristeten Zurufen der Versammlungsteilnehmer unter. So endete die großaufgelegene Versammlung der NSBO. mit einem Niesensiaso für die Nazis.

Die in dieser Versammlung anwesenden Betriebsarbeiter haben durch ihr geschlossenes Auftreten zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt sind, sich einzureihen in die Antifaschistische Aktion. Jetzt heißt es, in jedem Betrieb die rote Einheitsfront schmieden; in gemeinsamer Front den Kampf gegen jeden Lohnraub und alle Verschlechterungen im Betrieb, insbesondere gegen die Beschäftigungssteuer aufzunehmen und rote Massenselbstschutzstaffeln zu bilden. Gehen die Betriebsarbeiter gemeinsam an diese Aufgaben heran, dann wird die Antifaschistische Aktion gegen die Faschisten, Industriearbeit, Bürokratie und Generale, siegreich sein!

Antifaschistische Aktion gegen Naziterror

Rote Einheit, die Antwort der Werkstätigen von Kaufung und Umgebung auf die Naziüberfälle — Roter Massenselbstschutz gebildet

(Arbeiterkorrespondenz)

Kaufung. Noch in aller Erinnerung sind die beiden Überfälle der SA.-Banditen am Johannisabend und Sonntag, den 26. Juni, auf der „Kapelle“ in Verbisdorf, wobei es mehrere Schwere- und Leichtverletzte unter den überfallenen Arbeitern gab. Der Werkstätigen von Kaufung und Umgebung bewachte sich nach diesem Naziüberfall eine ungeheure Empörung. Es wurde eine wichtige antifaschistische Abwehrfront gebildet. Die Arbeiter und Werkstätigen sind nicht gewillt, sich von den braunen Mordgeckeln wehrlos niederschlagen zu lassen.

In Kaufung fand deshalb eine wichtige Protestkundgebung gegen den faschistischen Terror statt. Es sprach der Genosse Sandtner, Breslau von der K P D. und Marischeff von der S P D. Der Genosse Sandtner sprach ausführlich über die Rolle der SA. und SS., die nur eine Garde zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter im Interesse des bankrotten Kapitalismus ist. Er appellierte an die versammelten Arbeiter, Frauen und Jugendlichen, die rote Einheitsfront zu schmieden. Nur durch die geeinigte Abwehrfront kann der Faschismus siegreich geschlagen werden. Das Regime Papen und mit ihm Hitler kann nicht durch das Parlament, sondern nur durch außerparlamentarischen Massenkampf beseitigt werden. Mit allen Kräften muß daher die Antifaschistische Aktion im Betrieb, auf der Stempelstelle und im Wohngebiet entfacht werden. Der Genosse Sandtner forderte die Anwesenden auf, rote Massenselbstschutzstaffeln zu bilden, um so dem faschistischen Terror wirksam entgegenzutreten zu können.

Der S P D.-Redner stimmte im wesentlichen diesen Ausführungen zu, auch er forderte auf, den roten Massenselbstschutz zu bilden, um das Eigentum der Arbeiter und deren Veranlassungen zu sichern und zu schützen. Jedoch sprach er sich neben der Einheit der Arbeitermassen auch für die Einigung unter den Führern aus. Hier muß offen gesagt werden, daß

die zum Kampf gewillten Arbeitermassen niemals eine Einheitsfront mit Severing, der jetzt selbst das Zentralorgan der S P D., den „Vorwärts“, im Auftrage von Papen verboten hat, mit Braun, der in Preußen alle Hungernotverordnungen durchführte, mit den Reichsbannerführern, die für die faschistische Arbeitsdienstpflicht eintreten, mit den Ge-

werkschaftsführern, die sich selbst als „Ärzte am Kapitalismus“ bezeichnet haben, eingehen können.

Das werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter verstehen! Gemeinsamen antifaschistischen Kampf kann es nur mit denen geben, die auch wirklich in der Tat zu diesem Kampf bereit sind! Am Schluß der beiden Referate meldeten sich zahlreiche Arbeiter für den antifaschistischen Massenselbstschutz. Es herrschte eine glänzende Kampfstimmung! In der Diskussion brachen zahlreiche S P D.- und K P D.-Genossen sowie parteilose Arbeiter. Das Verhalten der Polizeibeamten, die gegenüber den Nazis sehr freundlich sind, aber gegenüber den revolutionären Arbeitern mit aller Brutalität vorgehen, wurde scharf unter die Lupe genommen. Eine Resolution wurde angenommen, in der scharfster Protest gegen den Naziterror erhoben und die Arbeiterkraft aufgefordert wird, sich zu verteidigen. Ferner wurde die Aufhebung des R F V.-Verbotes gefordert!

Aus dem Riesengebirge

Nazigutsbesitzer beschimpft Erwerbslose als Faulenzer und Strolche

Beschimpfungen und Strafen für Landarbeiterfrauen — Unter Hitler verstärkte Antreiberei — Auch Nazi-Arbeiter müssen erkennen, daß sie in falscher Front marschieren

Hindorf, Kreis Girschberg. Schon wiederholt berichteten wir über den hiesigen Dominiumbesitzer Dörr, der als brutaler Schinder der Landarbeiter und Frauen bekannt ist. Dieser Nazigutsbesitzer geht mit allen Schikanen gegen die Landarbeiter und Landarbeiterfrauen vor, um sich seinen Profit zu erhöhen. Erst vorige Woche mußten die Arbeiter das erneut erleben. Der Gutsbesitzer sagte zu den Frauen beim Rübenhaden: „Wenn Hitler wird regieren, der wird euch schon arbeiten lernen!“ Er selbst geht mit den brutalsten Methoden vor. Für nicht vorchriftsmäßiges Gaden auf dem Rübenfeld wurden zwei Landarbeiterfrauen je 50 Pfennige abgezogen. Eine dieser Frauen ist schon 61 Jahre alt.

Ein anderes Beispiel: Eine Landarbeiterin, die Witfrau ist, hatte ein Stück Land zu mähen. Der Sohn dieser Frau holte mit einem jungen Kalb Grünfütter, dabei war das Kalb in ein Stück Gemenge getreten, wodurch dieses etwas zertreten wurde. Darauf ließ der Nazigutsbesitzer am Sonnabend die Frau zu sich kommen und brüllte sie in der frechsten Weise an. Er forderte von ihr, daß sie einen ganzen Tag umsonst arbeiten soll. Dabei betrieb er eine

gemeine Hege gegen die kommunistischen Arbeiter im Ort und die Erwerbslosen. Er erklärte unter anderem:

„Die Verführung der jungen Leute ist bei uns zu groß, denn es gibt ja im Dorf genug Kommunisten.“ Die Erwerbslosen bezeichnete er als „Faulenzer, Strolche und Vögel.“ Nach der Ansicht dieses Nazigutsbesitzers gibt es in Deutschland über 6 Millionen „Faulenzer und Strolche“.

Das Benehmen dieses Nazigutsbesitzers zeigt den Landarbeitern und Frauen sowie den Erwerbslosen, vor allem aber auch jenen Arbeitern, die noch in der S A. stehen, am besten, welche Interessen die Nazis vertreten. Sie vertreten nur die Interessen der Krautfunker, Industrieherrn und Barone. Die Landarbeiter, Frauen und Jugendlichen müssen sich auf jedem Gutshof zum gemeinsamen Kampf mit den revolutionären Arbeitern auf dem Dorfe, mit den kleinen notleidenden Bauern zusammenschließen.

Landarbeiter und Arbeiterinnen, wehrt euch gegen den Terror der faschistischen Gutsbesitzer! Kämpft gegen jede Antreiberei, um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen! Reicht auch ihr euch ein in die Antifaschistische Aktion!

ZUM 15. Jahrestag der OKTOBER-REVOLUTION

bringt der Internationale Arbeiter-Verlag rechtzeitig den 26. Band der Elementarbücher des Kommunismus heraus, unter dem Titel

Oktoberrevolution und Rote Armee

Das Buch ist eine Zusammenstellung Leninscher Schriften und zugleich ein ausgezeichnetes Beitrag zur Würdigung des Jubiläums der Roten Armee. Dieser historische Sammelband hat in diesem Augenblick besondere Bedeutung und verdient die größte Beachtung und weiteste Verbreitung. Er ist 160 Seiten stark und kostet 1,60 M.

Arbeiterkorrespondenten, Berichterstatter

Politische Zeitungsobkulte!

Sonntag, den 10. Juli, vormittags 9 Uhr, findet für das engere Gebiet des NS. Walzenburg eine Arbeiterkorrespondenten-Konferenz in Weißstein, Gasthaus „Hochwald“ statt. Jeder Betrieb, jeder Ort muß vertreten sein. Kolportiere müssen ebenfalls teilnehmen.

Konferenz auch in Görlitz

Die Konferenz für den NS. Görlitz findet am Sonntag, dem 10. Juli, vormittags 9 Uhr, in Görlitz, Langenstraße, (Geschäftsstelle) statt. Jede Betriebszelle und Ortsgruppe muß auf dieser Konferenz vertreten sein.

5,- Mark monatlich

werden durch die neue Steuer der Papen-Hitler, die „Arbeitslosenabgabe“, einem Angestellten, der monatlich kümmerliche 200 Mark verdient, abgezogen. Ein

neuer Gehaltsabzug

ist unerträglich. In allen Betrieben und Kontoren müssen sich die Angestellten und Arbeiter zu gemeinsamer Front zusammenfinden, um jeden Gehalts- und Lohnabbau abzuwehren. Stellt überall gemeinsame Lohn- und Gehaltsforderungen!

Gemeinsame Front zur

Antifaschistischen Aktion!



Gross-Flugtag

der Bergmann-Klasse-Flugstaffel

Deutsche Kunstflugmeisterschaft
Gerit Adzells - Gerhard Fieseler
Eintrittspreise: 2. Platz 0,50 Mk., Kinder 0,25 Mk.; 1. Platz 1,- Mk., Kinder 0,50 Mk.
Startplatz 1,50 Mk., Kinder 1,- Mk., Reservierter nummerierter Sitzplatz 2,- Mk.
Vorverkauf 15 Prozent Ermäßigung: Reisebüro Warenhaus Wertheim; Reisebüro
Barasch, Ring; Reisebüro Hapaz, Gartenstraße; Kassenwagen an der Torwache

10. Juli
Flughafen Brauns
nachm. 3.30 Uhr

RUND UM DEN ERDBALL

Spiegel der Ereignisse

„Nur“ noch 200 Millionäre

Ein Berliner Mittagsblatt meldet — und aus jedem Wort klingt Trauer und Schmerz —, daß es in Berlin nur noch 200 Millionäre gibt. Außerdem verfügen 10.000 Berliner über ein Vermögen von über 250.000 Mark und etwa 50.000 Berliner haben Bankkonten von je ungefähr 100.000 Mark.

Arme, bedauernswerte Millionäre! Freilich, diese Zeitung läßt trotzend hinzu, daß diese Schätzung nur auf Grund der Steuerstatistik vorgenommen worden ist. In Wirklichkeit mag es vielleicht etwas mehr größere und kleinere Millionäre geben.

Und in der Tat: wenn diese Schätzung sich nur nach dem Steuerregister richtet, dann wird die Zahl der Millionäre eine noch bedeutend größere sein. Also kein Grund zur Besorgnis. Es gibt in Berlin noch genug Leute, die über hohe Bankkonten und über viele Millionen verfügen. Jedenfalls über so viel, daß man die Betriebe in Gang setzen und Arbeit und Brot schaffen könnte. Die Voraussetzung hierfür aber ist, daß das Proletariat erst einmal an die Macht kommt.

„Rücksicht auf ärmere Kameraden“

Die Telegraphenunion berichtet über einen neuen Erlaß Hitlers betreffend die braunen Uniformen. Aus diesem Erlaß ist zu ersehen, daß sich Reich und Gegenseite in die Reihen der Männer des „Dritten Reiches“ einschließen haben. Nicht alle Jünger Hitlers waren in der „glücklichen“ Lage, eine neue braune Uniform zu bekommen. Und die „Unglücklichen“, die eine solche Uniform nicht bekommen haben, fühlen sich zurückgesetzt und sind verbittert.

Außerdem scheint es nach diesem Erlaß, daß diejenigen, die im „glücklichen“ Besitz einer Uniform sind, auf die anderen mit Spott und Verachtung blicken. Daher verfügt Hitler, daß auf die „ärmeren Kameraden“ (gemeint sind wohl solche, die keine Uniform besitzen) Rücksicht zu nehmen ist.

Also getrost: Im „Dritten Reich“ gibt es jetzt zwei Kategorien: solche mit braunen Uniformen und „ärmeren Kameraden“, auf die „Rücksicht zu nehmen ist“.

„Aus bisher unbekanntem Gründen“

Die Telegraphen-Union bespricht sich einer Berichterstattung, die, wenn sie im „Angriff“ oder im „Völkischen Beobachter“ ausgearbeitet würde, auch nicht anders lauten könnte. Wenn zum Beispiel Nazibanditen einen Überfall auf Arbeiter machen, dann lautet die Heberberichterstattung der Telegraphen-Union gewöhnlich: „Neue kommunistische Mordüberfälle“.

Die Telegraphen-Union scheint es auch als ihre Aufgabe zu betrachten, für die Erheiterung der Leser zu sorgen. So berichtet sie unter dem Datum vom 5. Juli aus Eisen folgendes: Dort fuhr ein Wagen, vollbesetzt mit Nazis, durch das Arbeiterviertel. „Aus noch unbekanntem Gründen fiel ein Schuß vom Wagen.“

Man höre und staune: Jedes Kind sogar schon weiß, daß ein Schuß aus einem Revolver dann fällt, wenn man abdrückt. Die Telegraphen-Union aber kennt den Grund noch nicht. Sie weiß nicht aus welchen Gründen aus dem Naziwagen ein Schuß fiel...

Der „Angriff“ und die „tausend schönen Beine“

Bekanntlich richtete der „Angriff“ einen Angriff gegen den Volkszeitungspräsidenten Weiß und behauptete, Weiß hätte in Monte Carlo gespielt. Der „Angriff“ ist hochmoralisch und kann selbstverständlich solche Dinge nicht dulden.

Woher aber weiß der „Angriff“, daß Weiß in Monte Carlo war und sich dort am Spiel beteiligte hat? „Berlin am Morgen“ enthüllt jetzt, daß der „Angriff“ seine Nachrichten vom Besitzer des berühmten Nachtlokals „Zu den tausend Nationen“ („Tausend schöne Beine“), Steinmeyer, erhält. „Berlin am Morgen“ erzählt weiter, daß der „Angriff“ seit Jahr und Tag von Steinmeyer horrende Summen und Subventionen erhält, daß Steinmeyer selbst ein Mitglied der Nazis ist und daß die Redakteure des „Angriff“ hässliche Gäste im Lokal Steinmeyer sind.

Steinmeyers Lokal gehört gerade nicht zu den hochmoralischen. Steinmeyer soll mit Weiß in Monte Carlo zusammengetroffen sein. Also muß auch das hochangesehene Parteimitglied Steinmeyer in Monte Carlo gewesen sein. Der „Angriff“ greift aber nur Weiß und nicht seinen Parteigenossen Steinmeyer an.

Auf jeden Fall weiß man jetzt, aus welchen „moralischen“ Quellen der „Angriff“ seine Subventionen schöpft: aus dem Lokal zu den „Tausend schönen Beinen“.

Folgen der Schundlektüre

Wien, 7. Juli. Auf tragische Weise ist gestern bei Wien ein 13-jähriger Junge das Opfer der Indianer-Romantik geworden. Bei der Gendarmerie von Mauer-Dehling liefen in der letzten Zeit Anzeigen ein, daß ein unbekannter Revolverheld in der Umgebung Jagden auf Hühner und Kaninchen veranstalte, und daß dieser Unbekannte auch wiederholt Schüsse auf Radfahrer, in einem Falle sogar auf einen Schnellzug, abgegeben habe. Die Lehrerin von Mauer-Dehling brachte nun von ihren Schülern in Erfahrung, daß der unbekanntete Revolverheld einer ihrer Schüler, der 13-jährige Walter Schmalhofer, sei. Der Junge sei ein eifriger Leser von Indianergeschichten, er treibe sich in den Wäldern mit zwei Pistolen herum und schiße auf alles, was ihm in den Weg komme. Die Mutter suchte darauf ihren Sohn im Walde und fand ihn auch auf einem Baum versteckt und veranlaßte ihn, mitzukommen. Auf dem Rückwege begegnete sie jedoch unglücklich einer Gendarmen, so daß der Junge Angst bekam. Er zog plötzlich eine Pistole aus der Tasche und jagte sich eine Kugel in die Schläfe. Er brach schwer verletzt zusammen und starb in den Armen seiner Mutter.

Arbeitsdienstpflicht in Kalifornien

Hunger und Kälte — Die Heilsarmee als Wohltäterin

Die Arbeitsdienstpflicht, die die Nazis einführen wollen, und für die sich auch Gewerkschaftsführer einsetzen, steht nicht beispieldar. In Kalifornien, dem südwestlichen Staat der Vereinigten Staaten, besteht sie bereits zum Teil. Wir sind heute in der Lage, einiges über die Arbeitsdienstpflicht dort zu berichten.

Eine Arbeitslosen-Unterstützung gibt es in den Vereinigten Staaten nicht. Der Kongreß hat es abgelehnt, an Arbeitslose Unterstützung zu gewähren und hat es den einzelnen Bundesstaaten überlassen, diese Frage in ihrem Bereich zu regeln. Meldet sich bei den Behörden in Kalifornien ein Arbeitsloser, so steht er gleich unter militärischem Zwang. Er wird in die Lager der Gebirge des Sierra Nevada, in einer Höhe von 1500 bis 2000 Metern, geschickt. Dort werden die Arbeitslosen dazu verwendet, Lichtungen in den Urwäldern zu schaffen, damit bei Bränden das Feuer sich nicht ausbreiten kann.

Während des Tages herrscht hier eine Hitze bis zu 40 Grad Celsius. Mit dem Einbruch der Nacht setzt hier, Sommer und Winter, ein Frost oft bis 10 Grad unter Null ein. Dieser Temperaturwechsel im Verlaufe weniger Stunden ist geradezu unerträglich und hat viele Krankheiten zur Folge.

Untergebracht sind die Arbeitsdienstpflichtigen in Zelten. Geheizt darf nicht werden. Man liegt in Feldbetten, in einer dünnen Decke eingehüllt. Die Kost ist elend. Morgens erhält man eine Schale Kaffee, mittags eine Bohnensuppe und abends das gleiche. Dazu ungefähr ein Pfund Brot täglich. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Die Arbeit wird unter strenger militärischer Bewachung durchgeführt. Körperliche Züchtigung ist an der Tagesordnung. Täglich defektieren Hunderte, und das Militär macht Jagd auf die Davongelaufenen, und viele, die von den Kugeln der Soldaten nicht erreicht werden, kommen im Urwald und in den Wüstengebieten vor Hunger und Erschöpfung um. Lohn wird für diese schwere Arbeit nicht gezahlt.

Neben dieser staatlichen Arbeitsdienstpflicht gibt es noch eine private. Diese wird organisiert von der Sociadet Charities (Ver-



So hausen Arbeitslose in Amerika

einigte Wohltätigkeit), in der die auch bei uns bekannte Heilsarmee die Hauptrolle spielt. Diese Gesellschaft sammelt im ganzen Lande ungeheure Mittel, von denen 75 Prozent von den Beamten und Sammlern verschoben werden.

Jeder Arbeitslose, der sich an diese Gesellschaft um eine Unterstützung wendet, muß in erster Reihe nachweisen, daß er ein regelmäßiger Kirchenbesucher ist. Wird er als fromm genug anerkannt, dann nimmt man ihn in die Liste auf, und er erhält monatlich zehn Tage Arbeit. Während dieser zehn Tage wird er in der gleichen Weise verpflegt wie in der staatlichen Arbeitsdienstpflicht. Als Lohn für die zehn Tage Arbeit erhält er dann ein Lebensmittelpalet, das ungefähr für drei Tage Verpflegung enthält.

Untergebracht wird er in den sogenannten Bonifatiusheimen. Spätestens um 6 Uhr abends muß er schon im Heim sein. Von 6 bis 9 Uhr abends muß er Religionsübungen mitmachen und außerdem wöchentlich mehrere Stunden am Religionsunterricht teilnehmen. Um 5 Uhr morgens wird man aus dem Bett gejagt und muß zum Gebet. Man singt sich an religiösen Gesängen heiser. Die Heime sind verlaust und schmutzig. Anstehende Krankheiten grassieren in den Bonifatiusheimen.

Das ist die sogenannte Privatarbeitsdienstpflicht. Das sind die Zustände, die die Nazis auch bei uns einführen wollen.

Die Weltrekordflieger in Moskau noch nicht eingetroffen

Moskau, 7. Juli. Bis gegen 11.30 Uhr ist noch keine Nachricht über das Verbleiben oder den Standort der amerikanischen Weltflieger Mattern und Griffin in Moskau eingetroffen.

Von den amerikanischen Weltfliegern Mattern und Griffin fehlt bisher seit ihrem gestern abend 9 Uhr von Berlin erfolgten Abflug nach Moskau jede Nachricht. Unter Zugrundelegung der bisherigen Geschwindigkeit ihrer Maschine hätten sie zwischen 3 und 4 Uhr früh in Moskau eintreffen müssen. Man hat sie aber im hiesigen Flughafen, wo alle Vorbereitungen getroffen waren, vergeblich erwartet. Auch unterwegs sind sie nirgends gesichtet worden, weder in Königsberg noch in Warschau oder auf sonstigen Flugplätzen der Strecke.

Es besteht die Möglichkeit, daß die Amerikaner infolge mangelnder Orientierungsmöglichkeit an Moskau vorbeigezogen sind. Sie würden dann ihre nächste Zwischenlandung auf einem der zahlreichen Flughäfen der russischen Sibiriensstraße vornehmen müssen, wofür auf der 4765 Kilometer langen Strecke Moskau-Turkuta die Städte Kajan, Smerdlowitz, Kurgan, Omis, Nowosibirsk und Krasnojarsk in Frage kommen.

Zeppelin und Flugzeug als Sämaschine

— in der Sowjetunion

Moskau, 7. Juli. In der letzten Zeit sind erfolgreiche Versuche mit dem Sien von einem Flugzeug aus gemacht worden. Eine Flugmaschine besät einen Hektar in einer Minute. Die Sowjetstatistiker haben festgestellt, daß Reiskelder, die auf diese Weise besät worden sind, eine viel höhere Ernte liefern, als man erwartete. Dieses Jahr sollen 7000 Hektar Reiskelder vom Flugzeug aus besät werden.

Zachleute raten aber an, anstatt der Flugzeuge Zeppeline zu verwenden. Der Rat der landwirtschaftlichen Akademie und der Vorsitzende dieses Rates, Professor Tschizkow, arbeiten jetzt an einem solchen Plan. Im Frühjahr 1933 wird mehr als eine Million Hektar und eventuell durch Zeppeline besät werden.

Zwei Opfer der Oder

U. Ohlau, 7. Juli. In einer Oberbühne ertranken die beiden Lehrlinge des Tischlermeisters Wiehle in Kattwitz. Die beiden 18- und 15-jährigen jungen Leute waren des Schwimmens unkundig. Durch Unvorsichtigkeit gerieten sie an eine tiefe Stelle und gingen unter. Ein auf den Hilferuf einer Frau herbeigeeilter Fischer sprang in voller Kleidung ins Wasser. Da sich jedoch die Ertrinkenden an ihn festklammerten, geriet er selbst in die Gefahr des Ertrinkens und entging dem Tode nur dadurch, daß sein Hemd zerriß.

Schweres Kraftwagenunglück

U. Nordhausen, 6. Juli. Auf der Landstraße Halle-Nordhausen verunglückte wenige Kilometer vor Nordhausen der schwere 8-Zylinder-Kraftwagen des Freiherrn von Brandenstein aus Hain bei Gera. Der Wagen war infolge überschneeller Fahrt ins Schleudern geraten, hatte zwei Chauffeebäume umgerissen und sich dann überschlagen. Von den Insassen war die Mutter des Besitzers auf der Stelle tot. Ihre Tochter, ihr Enkel Gusto von der Donnen und der Chauffeur erlitten schwere Kopfverletzungen und Beinbrüche. Der Besitzer des Wagens und seine Gattin kamen mit leichteren Verletzung davon.

Furchtbare Verheerungen durch Unwetter

Hagelschloßen von 1 Kilogramm Gewicht

U. Füssen im Allgäu, 7. Juli. Das furchtbare Unwetter, das am Mittwochnachmittag über Füssen niedergegangen ist, hat ungeheuren Schaden angerichtet, der sich ziffernmäßig noch nicht annähernd darstellen läßt. Besonders heimgesucht wurden das Zentrum der Stadt sowie der nördliche und östliche Teil. Stellenweise fielen die Hagelkörner bis zu einem Kilogramm Gewicht ab, als ob ein Trommelfeuer über sie hingegangen wäre.

Manche Häuser gleichen Ruinen. Nahezu alle Dachplatten wurden durchgeschlagen und die Fensterrahmen zertrümmert. Da auf den furchtbaren Hagelschlag ein gewaltiger Wollenbruch folgte, drangen die Wassermassen in die Speicher und die oberen Stockwerke der Häuser ein. Viele Wohnräume sind unbewohnbar geworden, so daß Einwohner und Hotelgäste ausquartiert und anderweitig untergebracht werden mußten. Ein trauriges Bild der Verwüstung bieten die Gärten, Wiesen und Acker in der Umgebung. So unglaublich es klingt, so ist es doch Tatsache, daß vereinzelt Hagelschloßen im Gewicht bis zu einem Kilogramm gefallen sind. Es gibt Acker, auf denen kein Grassalm und kein Pflänzchen mehr steht.

Zur Verhaftung des Faltschmünzers in Stuttgart

Stuttgart, 7. Juli. Zu der bereits gemeldeten Verhaftung eines Faltschmünzers in Stuttgart werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Bei dem Verhafteten handelt es sich um den 47 Jahre alten Monteur Karl Langjahr aus Stein bei Heilbronn, der mit seinem 22 Jahre alten Sohn vor kurzer Zeit aus Karlsruhe nach Heilbronn verzogen war. Die sofort vorgenommene Durchsuchung der Wohnung ergab, daß sich Vater und Sohn seit etwa vier Wochen mit der Herstellung von falschen Fünfmarkstücken befassen. Es wurden nicht nur die zur Herstellung erforderlichen Metalle und Gipsformen gefunden, sondern auch fertige Fünfmarkstücke, die lediglich noch der Ver Silberung bedurft hätten. Die beiden Verhafteten sind gefänglich. Die Reise des Vaters nach Stuttgart wurde unternommen, um weitere Metalle, insbesondere Silber, einzukaufen.